

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Zur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 7. Dezember 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 142.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Bekanntmachung des Verbandes betreffend Fernhaltung des Jungs nach Berlin.

Artikel: Die Spießgesellen der Scharfmacher. (Zur Charakteristik des „christlichen“ Gutenbergbundes und seiner unchristlichen Handlungen). XV. (Schluß). — Abgebildete Denunzianten.

Das Bundgewerbe im Ausland: Frankreich.

Volksmission: Deutsche Wirtschaftspolitik und deutscher Sozialismantentismus.

Korrespondenzen: Berlin (L. W.) — Duisburg. — Obersach l. E. — Vifa l. Polen. — Neustadt a. d. O. — Gangerhausen. — Straßburg i. E. (M. W.).

Bundschau: Zur Weisereprüfung im Buchdrucker- und Verlagswesen. — Zum Plakatwettbewerb der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1911. — Neuauflage der zweizehntausendseitigen Gutenbergbibel. — Bestrahlung eines Hintebergadisten. — Warnung vor der Auswanderung nach Argentinien. Nachträge von der Arbeiterbewegung in Argentinien. — Kranfentantenwahlen in Wiesbaden. — Zur Neuordnung des Krankenversicherungswesens. — Ärzte und Kranfentanten. — Gewerbegerichtswahlen.

Literarisches: „Deutscher Buchdruckerkalender 1913“.

Zur dringenden Beachtung!

Durch die verstärkte Einführung der Schreibmaschine und die geschäftliche Lage ist der Arbeitslosenstand in Berlin zu einer Höhe gelangt, die der flauensten Geschäftszeit wenig nachgibt. Den Maschinen hat namentlich eine größere Zahl älterer Mitglieder Platz machen müssen, deren Existenz durch den fortgesetzten Zugang von außerhalb direkt in Frage gestellt wird.

Wir richten daher das dringende Ersuchen an die Kollegenschaft, Berlin vorläufig zu meiden. Auf Beachtung dieses Ersuchens glaubt der Unterzeichnete um so mehr rechnen zu dürfen, als der Geschäftsgang in den meisten Provinzorten zurzeit ein guter und — von einigen Ausnahmen abgesehen — ein Überfluß an Arbeitskräften dort nicht vorhanden ist.

Kollegen! Bringt dieser Aufforderung solidares Verständnis entgegen.

Berlin. Der Verbandsvorstand.

Die Spießgesellen der Scharfmacher.

(Zur Charakteristik des „christlichen“ Gutenbergbundes und seiner unchristlichen Handlungen). XV.

Bünderische Agitationspraktiken.

Es ist ein nicht kleines Mäcken, was wir zu diesem Abschnitt als eingefandenes Material zusammengetragen haben. Unmöglich kann es aber in dem gewünschten Sinn im „Korr.“ verwendet werden. Aus diesem Grunde schenken wir uns — und dem in Betracht kommenden — noch eine Stützung Heinrich Schneiders in Limburg, des neuen Agitators für den Bund, der am 19. Oktober in Bonn, seinem früheren Wirkungsort, in einer öffentlichen Buchdruckerversammlung sprach, die nach dem „Typ.“ von Schneider einen Vortrag hörte über: „Mein Austritt aus dem Verbands der Deutschen Buchdrucker und die Existenzberechtigung einer Weisereorganisation im Gewerbe neben dem Verbands“, während nach der Ankündigung und nach einem ausführlichen Berichte der „Deutschen Reichssetzung“ in Bonn das Thema schärfer und ver-

dächtiger lautete: „Das wahre Gesicht des freien Buchdruckerverbandes“. Wenn wir Heinrich Schneider noch einmal Schonzeit gewähren, so nur auf bestimmte Frist. Denn was der sehr wandlungsfähige und spekulative Heinrich vom Rhein da über den Verband ausgeführt hat, lassen wir ein zweites Mal diesem Manne, der unserer Organisation viel Rücksichtnahme persönlicher und materieller Natur — über das Statut hinaus — zu verdanken hat, nicht hingehen. In einer andern Organisation hätte man einen solchen Überläufer überhaupt sofort an den Branger gestellt. Aber wir mit unserm unchristlichen Gemüte sind nun einmal nicht so. Auch den Herrn Peters wollen wir noch einmal laufen lassen.

Daß im übrigen in den katholischen Gesellenvereinen weiter gegen den Verband geschürt wird, haben wir wieder aus der „Saarpost“ entnommen, die über eine Bezirkskonferenz der katholischen Gesellenvereine an der Saar am 29. Oktober berichtete. Unsere Organisation kam da ungefähr so weg wie die christlichen Gewerkschaften in der Beurteilung des Papstes. Was uns natürlich kalt läßt. Aber diese und ähnliche Machinationen versangen selbst in streng katholischen Orten nicht mehr. So brachte der „Korr.“ in Nr. 131 einen Bericht aus Fulda, worin eine angemessene längere Resolution gegen die rheinisch-westfälischen Prinzipale und gegen den Gutenbergbund sowie ein Vertrauensvotum für den Verband sowie die Anerkennung für den „Korr.“ nur stützt waren. Das Bemerkenswerte daran ist, daß sie von einem ehemaligen Bündler stammt, der von M. Glöckner nach Fulda geschickt war, um dort dem Bündler den Rücken zu betreiben. Aber dieses Mittel des Gutenbergbundes tat es zwei andern früher schon nach Fulda gekommenen gleich und trat zum Verband über. Mit solchen Erfolgen der ausgesandten Bundesapostel kann der Verband wohl zufrieden sein.

Wie in Bündlerdomänen auf Auskernende eingewirkt wird, darauf wirkt ein uns zugegangenes Schreiben eines Lehrlings ein bezeichnendes Licht. Es heißt darin schlicht und vielsagend:

Sollte ich mich zum Verbands melden, so habe ich einen schweren Kampf zu bestehen, denn ich bin der ersten Lehrling, der dies in der Druckerzeit wagte. Ich will den Kampf aufnehmen. . .

Andern jungen Leuten wird sofort Arbeit versprochen, wenn sie sich zum Gutenbergbunde melden; d. h. von gewöhnlichen Mitgliedern. Das sogar in Berlin, wo die Arbeitslosenzahl so beängstigend groß ist!

Wie dem allen nun sei, auch mit den übermenschlichsten Anstrengungen und der Anwendung aber auch aller Mittel will es nicht vorwärtsgehen. Zwei Agitationsnummern des „Typ.“ hat der Gutenbergbund in dem Zeitraum des Erscheinens dieser Artikelserie herausgegeben. Wenn darin von einem Mitgliedererwerb bis Ende September von 181 die Rede war und nach dem von der Bundesleitung an das „Reichsarbeitsblatt“ berichteten Mitgliederstand von Ende Oktober wären es trotz dieser verstärkten Agitation nur 184, also 3 mehr gewesen, und das Notabene für Deutschland, Österreich und die Schweiz, so kann man auch hier sagen: Alle Schuld rächt sich auf Erden!

Neue Denunziationen und immer gewagtere Kombinationen.

Der zweite Artikel dieser Nummer erbringt den Beweis, daß die Denunziationssucht nicht mehr ein Privilegium der Bundesregierung ist, sondern einzelne Vereine es an Eifer und Schädlichkeit in diesem Tun mit ihrer vorgelegten Behörde wohl aufnehmen können. Der Fall Samum ist indes auch eine ganz gehörige und ganz verdiente moralische Niederlage für den reputierlichen Gutenbergbund.

In der Nummer vom 29. November hält es der „Typ.“ für angezeigt, die Buchdruckerfachschule in München wegen der Förderung des „sozialdemokratischen“ Verbandes zu denunzieren. „Dieses Institut, das höchstbedrückend unterstellt wird, und an dem Buchdruckerbesitzer, Magistratsmitglieder, Reserveleutnants und Gymnasialprofessoren mitwirken“, das sogar in diesem Jahre den Besuch des Prinzen Ludwig hat, dieses Institut also führt Schriften des „sozialdemokratischen“ Verbandes in seiner Bibliothek oder verteilt diese gar! Horribel dictum! Da wir die Angaben des wahrheitsliebenden „Typ.“ nicht nachprüfen können, so Lehrlingen wir uns auf die Bemerkung, daß es von einer Schulleitung in

der Tat unverantwortlich gehandelt wäre, wollte sie die vergebenden, wie Gift auf junge Gemüter wirkenden Schriften des Gutenbergbundes zu Bibliothekszwecken verwenden. Daß in andern Fach- und Fortbildungsschulen der Bund mit seinem „Agitationsmateriale“ treiben gegangen ist, bis es verboten wurde, scheint man nicht mehr zu wissen. Mit der Denunziation der Münchner Fachschule hat Treffert gewiß einen großen Treffer gemacht, jedoch in andrer als der beabsichtigten Richtung.

Der „Typ.“ hat es wirklich auch fertig gebracht, in Sachen der Gegeneingabe des Tarifamts zu den Reichstanzler sich nicht auf Seite des Tarifamts zu stellen, wie es in der Fach- und in der Tagespresse geschehen, sondern eher dem Arbeitgeberverbande zu sekundieren, indem er das Tarifamt auf all die vorgebrachten Beschwerden des Arbeitgeberverbandes nicht eingegangen sei. Wenn man den Schlußsatz liest:

Wir behauern es aufrichtig, daß das Tarifamt, statt die Tarifgemeinschaft zu verteidigen, sich dazu hergibt, Material für eine neue Agitationsbrochure des „neutralen“ Buchdruckerverbandes zu liefern. Daß das von allen Prinzipalstreifen gebilligt wird, bezweifeln wir stark,

und vergegenwärtigt sich, daß das die Leute sind, die als „vollwertige“ Tarifgemeinschaftsanhänger noch mehr — entsprechend ihrer Zahl — Rechte genießen wollen als die tatsächlichen Förderer der Tariffrage, dann wird es einem doch heiß. In diesem netten Bekenntnis als Spießgesellen der Scharfmacher reitet auch der „Typ.“ den freizähligen Gaus der schlechten Neutralität des Verbandses böllständig fort. Ja, sein Redakteurgenie vertritt einen schmeren Raptus, indem mit der ganzen Inbrunst dieser christlichen Seele der ein Klinger gehehen wird, der im „Korr.“ den selbstverständlichen Grundsatz ausgesprochen hat, daß der Verband schon aus Gründen des Selbsterhaltungstriebes von jeder einen neutralen Standpunkt einnimmt. Das soll wider besseres Wissen gesagt Unwahrheit sein. Herr Joseph Treffert wünscht ausdrücklich, daß der Betreffende durch seine christliche Mißachtung des achten Gebots sich beleidigt fühlen und zum Rabi rennen möge, denn: „Wir möchten dem Verband einmal Gelegenheit geben, sich an Gerichtsstelle seine Neutralität bescheinigen zu lassen“. Als wir das lasen, fragten wir uns: Und der Mann läuft noch frei herum? Die geradezu wahnwitzige Taktik, die der „Typ.“ so oft einschlägt, wird in ihren Ursachen nun offenkundig. Der Bund hat tatsächlich Recht mit seinen Spizen. Abgesehen von dieser Verfassung der in Frage stehenden Person, verschmähen der Verband und sein Organ es, mit Leuten jenes Schlags vor Gericht zusammenzutreffen. Mit weniger Christlichen wäre es etwas anders, eine solch christliche Gesellschaft aber kann anständige Menschen nicht beleidigen.

Daß Treffert auf dem christlichen Gewerkschaftskongress in Essen gewaltig das Maul aufgerissen und weniger zur Sache als über den bösen Verband gesprochen hat, daß ihm dabei auch wieder die Denunziationen gegen unfre Mitglieder nur so herausfielen, und daß selbst Vorgänge in Österreich hineingezerrt wurden trotz ihrer notorischen Verlogenheit, sei nur zur Ergänzung noch erwähnt.

Eine pyramidale Leistung ist die vor vierzehn Tagen im „Typ.“ gebrachte Notiz über die Beitragserhöhung im Verbands. Wenn man bedenkt, daß fast eine jede Nummer des Bundesorgans verblüffende Kombinationen Trefferts enthält, so muß eine pyramidale Leistung schon ein Ding zum Nachdenken sein. Es wird sich gleich jeder überzeugen können, daß dem so ist. Treffert, der allezeit Meinsallende, aber unverbesserlich Kombinationslustige, schreibt nämlich, eine Generalversammlung habe die Beitragserhöhung zwar nicht beschloffen, sondern „gegen alle Regeln des Statuts“ habe einfach der Verbandsvorstand die Erhöhung des Beitrags bekanntgegeben. Damit sein Unsinn noch mehr wirkt, hat Treffert das Zitierte gar spationiert. Von dem Absatz 6 zum § 14 des Verbandsstatuts, der den Verbandsvorstand ermächtigt: „insbesondere zeitweilige Erhöhungen und Herabsetzungen der Beitrags- und Unterstützungsätze zu beschließen“, hat dieses Kombinationsgenie natürlich keine Ahnung, aber es wird sogar in Sperdruck drauflos behauptet. Rößlich ist der Versuch, eine Mißstimmung im Verbands über die Beitragserhöhung ausgebrochen erscheinen zu lassen:

Um die Mitglieder zu beruhigen, reisten letzte Woche die Gauvorsteher in ganz Deutschland herum

und hielten überall Versammlungen ab. Ganz schneien sie die Gemüter nicht beruhigt zu haben, wie aus einigen Zeitungen und Zuschriften von Verbandsmitgliedern an uns hervor geht. Der Vorstand muß ja wissen, was er seinen Mitgliefern bieten darf.

Hat man Worte über diesen heillosen Quatsch? Da wird vom 5. Oktober an von den Gauvorstehern und andern Verbandsfunktionären über die vom 30. September bis 3. Oktober stattgehabte Gauvorsteherkonferenz in Versammlungen Bericht erstattet und gerade der Beschluß über die Beitragserhöhung wird mit seltener Einmütigkeit aufgenommen, und nun entsetzt glücklich am 22. November der „Typ.“, daß „letzte Woche“ sämtliche Gauvorsteher in ganz Deutschland herumgondelten, um die Mitglieder über die Beitragserhöhung zu beruhigen! Wie die 23 Gauvorsteher das in einer Woche hätten möglich machen sollen, ist das Rätsel des Kombinationskünstlers Treffert, der sich mit dieser Glosse wieder einmal gräßlich verhalten hat. Auch unsere „wadtige“ Invalidentasse muß dabei gehalten. Sollen wir den „Typ.“ an die Ausführung auf der letzten Bundesgeneralversammlung (Wreslau, 1910) erinnern: Wir müssen aber vorbeugen und versuchen, die Invalidentasse auf jede Art und Weise zu stärken? Wenn es im Gutenbergebunde später, wenn dieser Unterstützungsangewein noch länger besteht, nicht wadtiger damit aussieht als jetzt bei uns, dann können die Bundesleuchten heilfro sein. Die Notiz über die Beitragserhöhung ist aber noch aus andern Gründen herzlich dumme. Vor zwei Jahren verlangte nämlich die Bundesleitung auf der schon erwähnten Generalversammlung eine Beitragserhöhung von 15 Pf., konnte aber nur eine solche von 5 Pf. durchsetzen. Mit dem Idealismus für die eigene Sache ist es also im Bunde schlecht bestellt. Der Verband fordert aber nach 20 Jahren zum ersten Male 10 Pf. Erhöhung ohne Generalversammlung und überall erschallt laute Zustimmung!

In der gleichen Nummer erfüllt sich ein Treffert noch ein andres Verhängnis. Das betrifft die einzelnen Preßstimmen über den Dresdner christlichen Gewerkschaftskongress. Von dem „Korr.“ wird dabei gesagt, daß er an „verlogener Berichterstattung und persönlicher Kampfesweise“ noch „alle andern roten Blätter übertrifft“, um dann zum Schluß das Gesamturteil des „Korr.“ in Fettdruck als Anerkennung zu bringen mit dem Hinzufügen: „Das Eingekändnis muß man sich merken“. Entweder den Tatsachen oder der Bogel Gewalt antun — für Treffert ist alles Spielerei. Der übliche Keimfall darf natürlich nicht fehlen. Trotzdem der famose „Typ.“-Redakteur die ganze Presse auf ihre Kongressberichte hin durchgemustert hat, also die einzelnen Artikelschreiber in ihren Ausführungen kennen mußte, läßt er Dr. Erdmann auch unseren Kongressartikel schreiben, den er wegen des von ihm in der „Polzarbeiterzeitung“ ausgeführten sich schon vorher verbindlich: „Das ist echt Erdmann.-resp. Nord-Monster, das wird recht strafliche Fälschertische“, ruft Treffert aus. Nun hat Dr. Erdmann aber ebenjovon mit unserm Artikel über den Dresdner Kongress etwas zu tun als etwa Herr Joseph Treffert. Dieser ist eben wieder einmal das Opfer seiner Kombinationslust geworden, was zu vermeiden wäre, wenn er besser gelesen hätte, worüber er geschrieben hat. Was danach von den Angaben des „Typ.“ zu halten ist, dürfte recht wenig sein.

Die zwei großen Schicksalschläge des Jahres 1912.

Nach den großen, nein, riesenhaften Anstrengungen, die der Gutenbergebund nach den vorjährigen Tarifverhandlungen unternommen hat, um „zu seinem Recht“ oder bei der die christlichen Gewerkschaften ausmachenden Richtung „empor zum Licht“ zu kommen, haben zwei schwere Schläge diese trampfhaften Bemühungen in ein entmutigendes, niederziehendes Nichts verwandelt.

Der „Typ.“ meinte in seiner Nr. 32, als wir Treffert mit der geradezu ungeheuerlichen Fälschung, einen von den sonderbarsten Ansichten zugehenden Prinzipalsartikel als die vom „Korr.“ vertretene Meinung auszugeben, an den Pranger gestellt hatten:

Gerade die schäumende Mut gegen die führenden Personen im Gutenbergebund und das bringende Verlangen des „Korr.“ sie möchten bald von der Bildfläche verschwinden, befräftigt sie erst recht, auszuharren.

Wir können nach den Ereignissen dieses Jahres wirklich nur wünschen, daß die gegenwärtigen Bundesherrscher noch recht lange in Amt und Würden bleiben möchten. Haben die Thranert und Treffert es durch die alleruntertänigste Anhimelung und Verdrüberung mit den christlichen Gewerkschaften — auch heute noch ist der Anschlag an diese Richtung nicht ein Resultat natürlicher Entwicklung, sondern eine Zwangsache überlester Art — doch glücklich fertiggebracht, daß nun auch der sogenannte Gewerkschaftsstreit seine vernünftenden Spuren durch den Gutenbergebund zieht. In einer fünf Seiten langen Ansprache, die Treffert in der vorigen Nummer des „Typ.“ mit aller Einbringlichkeit hält, wird der Essener Beschwörungszauber losgelassen, auf den wir aus räumlichen Rücksichten erst in nächster Nummer näher eingehen werden. Vorher ist in vielen, von Leidenschaft nicht minder bewegten Artikeln den Mitgliefern gepredigt worden, daß nicht „Sich Berlin“, sondern die christlichen Gewerkschaften die Sieger in diesem gerimmen, so ganz unchristlich „christlichen“ Bruderzwist gegeben seien. Anfänglich war der Pfiffikus Treffert gar auf den wunderbar schlaun Einfall gekommen, des Papstes Gebot richte sich überhaupt nicht an die christlichen, sondern an die bösen „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften. Er muß aus dem eignen Neihen darob kräftig ausgelacht sein, denn ein zweites Mal hat er

solche Tollhäußerdebuktionen unterlassen. Wohnte dem Gutenbergebunde nur ein Fehel von der religiösen Neutralität inne, auf die er sich so gern beruft, dann müßten ihm die päpstlichen Verordnungen und die vom Papst „approbierten“ katholischen Fachabteilungen einfach Gebuda sein. Dann könnte Treffert auch ruhig darüber schlafen, daß der Papst die christlichen Gewerkschaften nur „tolerieren“ will. Aber weil er mit aller Macht die vielen und starken Mittel, die von katholischer Seite fördern in Anwendung gebracht werden können, für den Gutenbergebund nutzbar machen wollte und zu einem großen Teil auch nutzbar gemacht hat — dabei muß man nur wissen, was die Bündler nicht selten für Musterkatholiken sind, eine Zuchtschritt aus Witzburg läßt in dieser Beziehung tiefblicken! —, so ist der Bund, diese neutrale Musterorganisation, nun unentrinnbar in diesen schweren Konflikt mit hineingezogen. Was das besagen will, wird erst offenbar, wenn man sich den Streit, der wegen der Ablicht des Anschlusses an die christlichen Gewerkschaften in dem überwiegend aus Protestanten bestehenden Gutenbergebund ausgebrochen war, in seinen Einzelheiten ins Gedächtnis zurückeruft. Den Gutenbergebund in eine solche Situation gebracht zu haben, ist das Verdienst sonderlich von Treffert und Thranert. Sie sind uns also unentbehrlich.

Nun andern schlag die Leipziger Einigungsformel der Prinzipale beim Gutenbergebund kräftig ein. Man muß die im Leitartikel der Nr. 139 darüber wörtlich wieder gegebene Auslassung Dr. Heimanns etwas weiter überdenken, um den ganzen Schmerz der Bundesleitung zu verstehen. Es mag ja ein kleiner Trost für diese Leute sein, daß sie bei dem Zukunftsprogramme der Prinzipalität, das in der Verbandseigenschaft sicherlich mit ganz ungemäßigten Fehelungen aufgenommen worden ist, auch in dem Plane der Vorsehung mit erwähnt sind. Für das richtige Buchdruckerempfinden aber wird dadurch der Bund nur noch widerwärtiger, ist doch damit seine Daseinsbestimmung wieder so recht eklatant geworden. Immerhin ist es ein Anblick des Jammers, zu sehen, wie auf der einen Seite den Sicherheitsventilisten diese ihre Eigenschaft unerschüttert attestiert, auf der andern ihnen jedoch eröffnet wird, daß durch ihre so bescheidenen Forderungen ein bider Strich gemacht worden sei gemäß ihrer wirklichen Bedeutung im Gewerbe. Aber das ist sicher: An den rheinisch-westfälischen Prinzipalen, dem Stützpunkte des Bundes, hat es gewiß nicht gelegen, daß man ihm die Flügel in Leipzig geklopft hat. Daß es so gekommen, ist vielmehr das „Verdienst“ der Thranert, Treffert, Felder usw. selbst. Auch die Vertreter des Kreises II werden in den Leipziger Sitzungen das Herunterreißen der Tarifgemeinschaft und ihrer Einrichtungen im „Typ.“ und in sonstigen Publikationen des Bundes wie der christlichen Gewerkschaften, die Schwähnungen gegen bewährte Männer der Tarifsache, die herbeigewand und entstellende Schreibweise des „Typ.“ über die Tarifverhandlungen, das Austreten von Thranert in denselben selbst sowie die nichtlichen Hiftörchen, die Treffert in Versammlungen — siehe Hameln! — als gar nicht Beteiligten an den Tarifberatungen zu erzählen wußte, nicht haben beschönigen können, und so wird denn die richtigere Auffassung und Einschätzung des Bundes seitens der übrigen Kreise durchgedrungen sein. Dem Verdienste seine Krone! Im übrigen könnten wir ja die verschiedenen Argumente, die am 26. November auf dem Essener Kongresse gegen die katholischen Fachabteilungen von christlichen Führern ins Feld geführt wurden, ebenso gut als das Verhältnis des Verbandes zum Gutenbergebund gelten lassen. Wenn Vogelsang (Vergarbeiter) sagte: „Der Gewerkeverein wird den Versuche, die katholischen Fachabteilungen einzuführen, mit aller Kraft und mit allen erlaubten Mitteln entgegenzutreten, gleichviel, von welcher Seite der Versuch ausgeht“, und Wiebeberg (Bauarbeiter) die Gegnerschaft gegen die Fachabteiler darauf zurückführte, „weil sie gegen die allererleментарsten Grundzüge der Standesolidarität verstoßen“, und mit der Drohung enthielt: „Sollten uns die Verliner auch ferner verleugern, dann werden wir den Kampf in viel entscheidender Weise aufnehmen und unsere Sache zu verteidigen wissen“, so können wir dies auch — von andern Äußerungen dieser Art in Essen sehen wir ab — gegen den Gutenbergebund mit vollem Rechte geltend machen. Er ist nicht besser, vielleicht aber noch etwas schlechter als die Fachabteilungen, im Verleugern sogar unerschütterlich schlecht. Die christlichen Gewerkschaften sorgen also gütigst dafür, daß es uns an Waffen gegen den Bund nicht mangelt. Dieser aber besitzt eine Zeitung, die ihn von einer Kriess in die andre bringt, niemals aber vorwärts. Denn, wie schon mehrfach erklärt, an dem Grade der Entwicklung unsres Gewerbes gemessen, geht der Gutenbergebund zurück. Ein Vorstand und ein Redakteur, die neben dem Herausbeschwören zwei solcher Schicksalschläge auch noch das fertig bringen, sind für die andre Seite, den Verband also, unbeschlagbar. Mögen diese „Erfolgspolitiker“ noch recht lange für uns arbeiten!

Schlusswort.

Wenn es nicht schon zur Einleitung des VI. Kapitels (Nr. 115) gesagt worden wäre, müßte nun am Abschlusse dieser Artikelserie unbedingt eine Erklärung darüber kommen, warum diese 15 Artikel nicht in gewohnter Aufeinanderfolge veröffentlicht worden sind. Ist bei jener Gelegenheit zum Ausdruck gebracht worden, daß diese Charakterisierung von vornherein so angelegt wurde, um die neuen gravierenden Feststellungen dem wundervollen Mosaltbilde des Gutenbergebundes immer noch einzufügen, so werden die 23 Abschnitte, in die diese Artikelserie zer-

fällt, wohl gegelgt haben, daß der Zweck der Übung auf diese Weise erreicht ist. Jetzt kann von einem gewissen Abschlusse der Bundesformidie, beginnend mit den Tarifverhandlungen des Vorjahres und endend mit den diesjährigen mannigfaltigen Scharfmacheregerätten, gesprochen werden. Auch die christliche Abstempelung des Gutenbergebundes ist nunmehr bis zu einem bestimmten Punkte erledigt, d. h. mit den christlichen Gewerkschaften teilt der unchristliche Bund das große Herzeleid der päpstlichen Ungnade. Also können wir Schluß machen und Herrn Treffert nach Gefallen es überlassen, sein Geschick, durch „treffende“ Überlegungen unfrer Artikel das verlorene und verlorene Organisationsgebildchen Gutenbergebund noch mehr in allgemeinen Mißkredit zu bringen, in jeder Beziehung zu erproben. Wie aus der Korrespondenz von Koblenz in der vorletzten Nummer mit Genugtuung festzustellen war, hat der „Typ.“ damit bereits einen sehr „erfolgreichen“ Anfang gemacht. Im Bund ist es noch immer so gewesen, daß nicht nur die Großen, sondern auch die Kleinen Genies im Schwindeln sind. Wenn man sich selbst gegenseitig so anliegt, kann der Dritte nur helle Freude haben an seinen von Selbstschüssen getroffenen „Freunden“.

Im Kapitel I (Nr. 104) lernten wir in einem Vorworte die mit der unter dieser Überschrift erscheinenden Artikel verfolgte Absicht kennen, nämlich den unwahren Ausfreunungen und Verleumdungen über unfrer Organisation und die Tarifgemeinschaft von seiten des Gutenbergebundes und der von ihm inspirierten Waschzettel der christlichen Gewerkschaftskorrespondenz mit entsprechender Beleuchtung des Helben- und Zugenbundes entgegenzutreten. Es stand nicht zu erwarten, daß nun die Irrerführungen der Öffentlichkeit zugunsten des Gutenbergebundes und zumungunsten des Verbandes in einer gewissen Kategorie von Zeitungen mit einem Schläge aufhören würden — journalistischer Instanz ist bei bestimmten Blättern darunter ganz und gar nicht vorhanden —, daß eine große Reserve darin eingetreten ist, läßt sich jedoch nicht verkennen. Weiter wird in jener Nummer der Nachweis geführt, daß der Arbeitgeberverband mit seiner Denunziationspetition an den Reichstangler und die Bundesregierungen, der Gutenbergebund mit seinen Denunziationsbroschüren wie die christliche Gewerkschaftsleitung mit dem „geistig“ beim Gutenbergebund entliehenen Pamphlete über das öffentliche Interesse am Buchdruckerzaris eine edle Waffenbrüderlichkeit darstellen. Kapitel II (Nr. 107) zeigt die niederträchtigen Verächtigungen des „Typ.“, Mitgließer des Verbandes läten den Zeitungsredaktionen gegenüber eine wahre Diktatur aus, was sie setzen wollen oder was nicht, in ihrer ganzen Hinfälligkeit. Im Kapitel III (Nr. 108) kommt Treffert mit seiner elenden Ungeberei in dem Bigenwolkensträger „Demasiiert“, daß unfrer Kollegen sinnentstellende Fehler in christliche Organe hineinbringen, recht schlecht weg. Wir konnten ihm zwei bündlerische Selbstentgegnungen, die jedoch mehrere solcher Schwänken nicht fassen, aus-Isleben und aus-Gaalselbstzu-Gemüte silhuvad die der Bundesleitung sehr schwer im Magen liegen. Gutem Vernehmen nach sind die in Saalfeld befindlichen Bündler veranlaßt worden, gegen den „Korr.“ dieserhalb zu klagen. Man hat aber ein so schlechtes Gewissen, daß das bisher unterblieben ist. Da nun auch der zweite von den Bündlern damals geschädigte Gehilse — ihr Hauptopfer — sich gemeldet hat, können wir in aller Seelenruhe abwarten, wann uns und unsern Kronzeugen das Vergnügen bereitet wird, an Gerichtsstelle zu beweisen, daß durch veritable Sabotageakte in einer von Bündlern stark besetzten Druckerei andre Gehilfen in grundlosen Verbaht gebracht und zur Entlassung gekommen sind. In Nr. 110 (Kapitel IV) wird dann das Terrorismusgeschrei der Bündler illustriert, zum Teil an den eignen Taten, und die Behauptung aufgestellt, daß der Arbeitgeberverband darin dem Bund nicht einmal gleichkommt. Kapitel V (Nr. 111) verpflichtet den schauerlichen Schwindel des „Typ.“ über den Internationalen Kongress in Stuttgart. Treffert, der Fabulist und Wahrheitsfehd, erschraht dabei wieder in dem bekannten Glanze. Da der „Typ.“ in seiner geistigen Inferiorität wie maßloser Frechheit im Luftstellen von Behauptungen dem Verband einen durchaus internationalen Charakter „nachgewiesen“, ja sogar gesagt hatte, auch unfrer Organisation unterhalte Zahlstellen im Auslande, wird die Internationalität des Gutenbergebundes im Kapitel VI (Nr. 115) in dokumentarischer Form tatsächlich nachgewiesen. Kapitel VII (Nr. 117) zerfällt in zwei Abschnitte. Der erste behandelt die Reinfälle des „Typ.“, was angeht die der Unverfrorenheit von Treffert wie seiner außerordentlichen Veranlagung zum Falschkombinieren immer eine amüsanste Beschäftigung ist. Im zweiten Abschnitte wird an Lamentationen über den Versammlungsbesuch und das daniederliegende Interesse an der Bundesache dem „Typ.“ bedeutet, wie überflüssig es von ihm ist, über schlechten Versammlungsbesuch im Verbande zu schreiben. Im Kapitel VIII (Nr. 118) werden unter zwei Abschnitten die in zwei damals erschienenen Agitationsnummern des „Typ.“ hinsichtlich der Mitgliederzunahme des Gutenbergebundes aufgestellten Behauptungen wie die sonstigen größengewichtigen Vorstellungen Joseph Trefferts mit starken Dämpfern behandelt. Das Kapitel IX (Nr. 119) liefert eine niebliche Probe von den Rollenunfälligkeiten des Gutenbergebundes über seine Gefolgschaft, die eine vollständige Preisgabe dieser im Bunde sehr beliebten Manöver darstellt. Im Kapitel X (Nr. 122) wird den Bundesleuchten zunächst auseinandergesetzt, was die behaupteten 76 Übertritte von Verbandsmitgliedern seit dem 1. Januar tatsächlich zu besagen haben, und dann, wie es in Wirklichkeit mit der überhebenden Konstatierung: „Auf der ganzen Linie vorwärts!“ bestellt ist. Kapitel XI (Nr. 123) behandelt die sehr interessanten

Themata von der bündlerischen Tarifgemeinschaftsförderung, die fortgesetzte Verlegung des Tarifs wie permanente Verhöhnung der Tariforgane durch den stets gelegneten, immer aber noch bestehenden und sogar mit einer angestellten Kraft besetzten Bundesarbeitsnachweis, wozu uns jeden Tag neues Material zugeht, und dann als Schluss den Gutenbergsbund als Tarifwächter. Was ein Genuß für sich ist. Das Kapitel XII (Nr. 128) zeigt das Nonplusultra aller christlichen Gewerkschaftsredakteure in seinem Hauptmetier, an Dreißigsteil alles über-treffenden Fälschungen, bei denen es sich vorzugsweise um Auslassungen des „Korr.“ handelt, die für den „Typ.“ sehr „wertvoll“ sind, die jedoch Zitationen aus andern Blättern oder Ausführungen von andern Personen darstellen und als solche im „Korr.“ stets erkennen gemacht sind. Mit derartigen „Äußerungen“ als von der Redaktion des „Korr.“ stammend dann haustieren zu gehen, obwohl die Herkunft dem „Typ.“-Redakteur genau bekannt ist, bereitet dem so christlichen Zerkertfenerlei Bedenken. In einem nahen Zusammenhange hierzu stehen die Kapitel XIII (Nr. 130) und XIV (Nr. 133), in denen an Hand der Zeugenaussagen in dem sehr bzw. elf Jahre zurückliegenden Prozesse des Gutenbergsbundes gegen den damaligen Vorsitzenden des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften die freche Behauptung des „Typ.“, die Zeugen von Verbandsseite hätten nichts gegen den Gutenbergsbund auszusagen gewußt, in einer für den ganzen Bund wenig rühmlichen Weise zurückgewiesen wird. Aus dem Inhalte der vier Abschnitte des XV. und letzten Kapitels wird der Leser bestatigt finden, daß der Gutenbergsbund unter seiner heutigen Leitung zu anständigen Handlungen nicht befähigt werden, und daß er somit auch fernerhin ein abschreckendes Bild zweckbewusster Zersplitterungsarbeit und planmäßiger Schädigung der Gehilfeninteressen bieten wird. Womit auch gleich das Urteil gesprochen ist über die, welche sich dem Bunde heutzutage noch zuwenden oder gar in ihm das Schicksal aller Renegaten zur Veranschaulichung bringen: daß sie heute befehlen, was sie gestern noch gestiftet haben.

Dem „Typ.“ hat es sehr mißfallen, daß wir das Charakterbild des Gutenbergsbundes nicht in einem Malgange, wenn man so sagen darf, vollenden. Er brannte förmlich darauf, nun mit bekannt eiserner Stirn alles zu leugnen, zu verdrehen oder durch neuen Schwindel die ihm recht unangenehme Tatsache zu verschleiern und zu verunkeln. Wir erklären von vornherein, auf das widerliche Geschleime eines so unsympathischen Menschen wie Zerkertfener nur in der ökonomischsten Weise zu reagieren.

Man kann mit einem Gegner hart streiten, auch wohl einmal über die Schnur hauen in der Polemik. Bei den führenden Personen im Gutenbergsbund und sonderlich mit dem „Typ.“-Redakteur hat man es jedoch nicht mit sachlichen Gegnern zu tun, sondern mit tüchtlichen Feinden, deren ganzes Wesen und Treiben lebhaft an die den Kampf auf dem Balkan so demoralisierenden Kriegsbanden bei den Bulgaren und Griechen erinnert.

Danach könnte freilich gefragt werden, warum mit solchen Bravos denn herumgeschlagen? Warum sie nicht en canaille behandeln, wie sie es verdienen? Haben nicht die Wiener Kollegen schon in einer Versammlung am 17. März d. J. in Gegenwart von Prinzipalsvertretern und einem Abgesandten der Gemeindefürsorge erklärt, daß es ein gemeinsames Arbeiten mit Gutenbergsbündlern nicht gibt? Sind nicht des Gehilfenausschussesobmanns Schlussworte in dieser Versammlung:

Unsere Organisation, die wir seit 60 Jahren aufgebaut, war nicht nur für uns, sondern auch für die Prinzipale von Erfolg. Ich bemerke, daß es auch im Interesse der Prinzipale gelegen ist, daß es keine Gegenorganisation gibt, und wenn es einmal sein sollte, dann werden wir uns mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu wehren wissen. Ich mache die Herren Prinzipalsbelegierten, die heute in unserer Versammlung sind, aufmerksam, daß es im eignen Interesse der Prinzipale liegt, beartige Dinge nicht zu unterstützen. Denn wenn die Gehilfen in den Betrieben wegen der Organisationszugehörigkeit raufen, sind die Prinzipale diejenigen, die die Kosten tragen müssen. Ich glaube, daß die Herren Prinzipale diese Mahnung an die richtige Adresse weiterleiten.

mit stürmischem Beifall aufgenommen und durch das Schweigen der anwesenden Prinzipale jedenfalls nicht widerlegt worden? Daß in Wien solche Töne angeschlagen wurden, kann man bei der Neuheit der Sache wie auch bei dem großen „Renommee“, das sich der Gutenbergsbund in Deutschland in den bald zwanzig Jahren seines Bestehens erworben hat, begreiflich finden. Außerdem ist in Wien und in Österreich allgemein die Aufmerksamkeit immer von größerer Impulsivität diktiert als bei uns, die wir mit ganz andern Verhältnissen zu rechnen haben. Das Menetekel aber für die Prinzipale, die vom Gutenbergsbund ausgehende Zersplitterung nicht noch zu unterstützen, da durch den Organisationsstreit die Arbeit in den Druckereien quantitativ beeinträchtigt werden könnte, greift u. E. die Angelegenheit bei der richtigen Stelle an. Das sollte auch für die Prinzipale in Deutschland eine Mahnung sein, die da glauben, aus Gründen der Gerechtigkeit oder wer weiß mit welchen fadenfälschigen Ausreden noch den „3000 Braven“ zuliebe den Verband brüskieren zu müssen, oder die es erfahren können in ihren eignen Druckereien, zu welchen Unversämlichkeiten sich die Herren Bändler Verbandsmitgliedern gegenüber verhalten, wenn ihre Zahl nicht aufzuföhren abfällt und sie wissen, daß sie beim Chef wohlgehten sind. Die Ruhe in den Druckereien wird am besten gefördert, wenn

von Geschäftsseite die Organisationsfrage der Gehilfen ein für allemal als ein Terrain betrachtet wird, vor dem ein Schild mit den Worten „ Zutritt verboten“ das Notwendige besagt.

Wenn auch der Zweck dieser Abhandlung im vorausgehenden schon resapituliert worden ist, so erscheint es in diesem Zusammenhange doch geboten, durch Erwähnung eines andern Momentes die Notwendigkeit dieser Arbeit vollständig zu erweisen. Wir haben vor einem Jahr und haben im März wie im April d. J. gesehen, daß die Skrupellosigkeit des Gutenbergsbundes und der christlichen Gewerkschaften es auch nicht verschmäht, die Parlamentaristriebe in demagogischer Weise für des Bundes hehre Sache zu mißbrauchen. Das ist im Reichstage wie im bayrischen Landtage geschehen. Weiter konnte wahrgenommen werden, daß die christliche Gewerkschaftszentrale mit der bekannten Broschüre die sächsische Regierung zu einer Umfrage veranlaßt hat, die, falls das Ergebnis zuungunsten des Verbandes und der Tarifgemeinschaft ausgefallen wäre, den denunziatorischen Inhalt dieser undristlichen Machenschaften deutlicher enthüllt haben würde. Wie ferner der Dresdner und der Essener christliche Gewerkschaftskongreß gezeigt haben, sind auch bei diesen Gelegenheiten von Zerkertfener — von diesem ganz besonders — und von Tränert die Einrichtungen untrer Tarifgemeinschaft wie der Verband in ihrem Wirken in einer Weise geschildert worden, die jeder Beschreibung spottet. Und zwar deswegen, weil das von den genannten Weiden vorgebrachte „Material“ entweder im Tarifausschuß oder vom Tarifamt in öffentlichen Erklärungen oder auch von der „Zeitschrift“ längst schon widerlegt bzw. in aller Deutlichkeit als beweislose Behauptungen zurückgewiesen worden sind, von unsrer Kennzeichnung dieser Praktiken ganz zu schweigen. Dem Geheimrat Bürgstein unterschiebt man z. B. mit seiner Bemertung über die Nützlichkeit der paritätischen Arbeitsnachweise bei den Tarifverhandlungen im Jahre 1901, ohne mit der Wimper zu zucken, einfach dabei eine Zeugenaussage aus dem Gutenbergsbund. Es ist anzunehmen, daß diese große Täuschung der Öffentlichkeit und der Behörden fortgesetzt werden wird. Ja, es kann als wahrhaftig gelten, daß bei dem am 5. Oktober in der Ausschussung des Gesamtverbandes ventilierten Frage der Nugharmachung parlamentarischer Aktionen für die christliche Gewerkschaftsbewegung die Angelegenheit des Gutenbergsbundes nicht zuletzt mit ins Auge gefaßt wurde. Aus all diesen Gründen und Erwägungen erschien es uns geboten, die wichtige Gegenanfrage, die mit der im April d. J. erschienenen Artikelserie „Gegen Tarifgemeinschaft und Verband“ schon erhoben wurde, durch das nunmehr zum Abschluß gelangende Charakterbild der Bändler als Spiegegesellen der Scharfmacher in der geschichtlichen Weise zu ergänzen. Wir sehen auch jetzt wieder, von der Zusammenfassung in einer Broschüre abgesehen, auch mit diesen unsern Veröffentlichungen nicht nach Bundesfittte bei den Behörden oder den Abgeordneten haustieren. Öffentlich und erreichbar für jeden, aber auch zur Warnung für jedermann vor diesen gewerkschaftlichen Marodeuren ist dieses Musterbild entworfen.

Welche Tricks nun auch in Anwendung kommen mögen und welche Infamien noch gegen den Verband und die Tarifgemeinschaft von dieser Seite versucht werden sollten, das Material, das gegen den Gutenbergsbund jetzt im ganzen vorliegt, raubt ihm auch den letzten Fegens von dem ohnehin schon arg geschliffenen christlichen Mäntelchen, und der schlimmste Vorwurf gegen eine Arbeiterorganisation, den Scharfmachern als Spiegegesellen zu dienen, hat sich auch als vollberechtigt erwiesen. Wer nun noch diesen Leuten den Steigbügel halten will, sei es im gewerblichen Leben, in der Öffentlichkeit, auf Kongressen oder in den Parlamenten, er tue es. De gustibus non est disputandum — über den Beschmad ist nicht zu streiten!

Abgeblitzte Denunzianten.

Die auf ihre sachtechnische Weiterbildung bedachten Verbandsmitglieder des Ortsvereins Hamm (Westfalen) haben vor zwei Monaten eine Typographische Vereinigung ins Leben gerufen. Um die Abgabsabende nicht in einer Wirtshaus abhalten zu müssen, einmal der Kosten wegen und dann, weil der Alkohol die Aufmerksamkeit der Teilnehmer beeinträchtigt, wurde beschlossen, den Vorstand zu beauftragen, sich zwecks Überlassung eines Schulraums in der städtischen Gewerkschule zunächst einmal mit dem Gewerkschaftsdirektor in Verbindung zu setzen.

Der gedachte Direktor erklärte, daß er für seine Person dem Gesuche der Vereinigung sehr sympathisch gegenüberstehe, um so mehr, als die Buchdruckergehilfen mit dieser Vereinigung eine Lücke ausfüllen, von der er sich auch eine Befruchtung der ihm unterstellten Buchdruckerlehrlingsklasse verspreche. Ein von der Vereinigung an den Magistrat zu richtendes Gesuch werde er wärmstens befürworten.

Ein entsprechendes Gesuch, unter Darlegung der Zwecke und Ziele der Vereinigung, wurde dann an den Magistrat eingereicht und in der nächsten Stadtverordnetenversammlung verhandelt. Da erlebten wir denn eine nette Überraschung.

Nachdem der Referent unser Gesuch nebst einem Begleitschreiben des Gewerkschaftsdirektors zur Kenntnis der Versammlung gebracht und für Annahme des Gesuchs eingetreten war, erhob sich kurz vor der Abstimmung der Stadtverordnete Dreier und verlas ein Schreiben des Gutenbergsbundes, wonach die Typographische Vereinigung nur aus Mitgliedern der freien Gewerkschaften bestehe und Angehörige der christlichen Gewerkschaften keine Aufnahme fänden. Er (Dreier) habe gegen die Errichtung einer derartigen Fachschule nichts einzuwenden, da man hier aber anstehend andre Ziele verfolge, so bitte er, die Sache zu vertagen.

Der Referent führte dem entgegen aus, daß keine Bedenken vorlägen. Die Typographische Vereinigung selbst sage in ihrem Schreiben, daß es sich nur um die sachliche Weiterbildung der Buchdrucker handle. In der Spitze stehe ein Buchdruckergehilfe, der auch dem Christlichen Vereine junger Männer angehöre. Es sei wohl ausgeschlossen, daß die Kurse aus politischen Zwecken dienen sollten. Ein anderer Stadtverordnete, der für die Vorlage gleichfalls eintrat, führte sehr treffend aus: „Man solle nicht danach fragen, welcher politischen Richtung die Kursteilnehmer angehörten. Das könnte auch für die Freunde des Stadtverordneten Dreier ein sehr zwecknebiges Schwert werden. Dann dürften städtische Lokale auch nicht an Vereine vermietet werden, in die nicht jeder eintreten kann, z. B. die städtische Turnhalle nicht an konfessionelle Vereine. Der Gutenbergsbund könne doch einen gleichen Antrag stellen, den man dann ebenfalls genehmigen werde.“

Der zweite Bürgermeister teilte mit, daß auch Fortbildungsschuldirektor Krämer die Überlassung der Räume sehr warm empfehle. Er bitte, die Vorlage zu genehmigen. Fortbildungsschuldirektor Krämer werde den Kursten bewohnen. Schon dadurch sei die Gewähr gegeben, daß die Verhandlungen rein fachlicher Natur sind.“

Stadtverordnete Dreier hatte durch sein Schwert mit dem roten Lappen die Stadtväter aber doch etwas bedenklich gestimmt, und so wurde entgegen dem Antrage des Referenten die Sache vertagt, um Erhebungen über die Behauptungen des Gutenbergsbundes anzustellen.

Also auf das hinterhältige und denunziatorische Vortreiben der Bändler wurde die Sache vertagt. Wir wollen zunächst feststellen, daß das Vorgehen der Bändler ein ganz gemeiner Machakt war, nicht etwa Entsprungen der ehrlichen Überzeugung, für die Bändler die Teilnahme an diesen Kursen zu erwirken. Von den zehn Bändlern am Orte kamen nämlich nur drei für die Teilnahme in Frage, denn die übrigen sieben sind Spezialarbeiter (Maschinenseher und Stereotypente). Dieser Machakt hat aber auch den Beweis geliefert, daß der Gutenbergsbund seine Neutralität nur auf dem Papiere hat. Statt sich mit dem Einspruch auf dem ordnungsmäßigen Weg an den Magistrat zu wenden, wandte man sich an den Zentrumsstadtvordneten Dreier! Das wirkte besser. Durch das Gerede vom „sozialdemokratischen Buchdruckerverband“ und den sonstigen verdeckten Anbetungen des Herrn D. und seiner Gewährsmänner stellte man den die Eingabe besitzwortenden Gemeindefürsorge seiner Behörde gegenüber in ein schlechtes Licht. Selbst dem Bürgermeister behagte die hinterhältige Kampfweise der Bändler und ihres Parteiführers nicht, denn er erluchte am Schlusse der Sitzung persönlich die Pressevertreter, das Wort „sozialdemokratischer“ Buchdruckerverband vorläufig aus dem Berichte herauszulassen, da die Sache vertagt und die Behauptungen noch nicht bewiesen seien.

Dieses denunziatorische und anmaßende Vorgehen der Bändler löste unter den Mitgliebern des hiesigen Ortsvereins gerechtes Empörung aus. Sich mit 10 Bändlern den 80 Verbandsmitgliedern gegenüber als Interpret der Buchdrucker von Hamm aufzuspielen, bezeichnete man als eine Frechheit. Nur eine Frage: Weshalb beteiligen sich die Herren denn nicht an ihren Graphischen Birkeln? Und diese Graphischen Birkel des Gutenbergsbundes, haben sie die von dieser Seite auch immer so betonte Neutralität auf sachtechnischem Gebiete nicht schon immer verlegt? Verlegt insofern, als sie von jeder nur Bändler ausnahmen? Wenn die Typographischen Vereinigungen jetzt das gleiche tun, indem sie nur Verbandsmitgliedern als Mitglieder zulassen — wenn es sich um Gehilfen dreht, — so soll das nun ein Verbrechen sein! Demagogien!

Der Vorstand der Typographischen Vereinigung war nicht untätig, sondern in einer erneuten Eingabe an den Magistrat wurden unter Beifügung von Beweismaterial die Behauptungen und die Bedeutungslosigkeit des Gutenbergsbundes ins rechte Licht gerückt. Auch durch Veranstaltung einer Druckausstellung wurde die Öffentlichkeit über die Ziele und den Zweck der Vereinigung aufgeklärt.

Bei der erneuten Verhandlung im Stadtparlamente verlas der Referent ein Gesuch des Gutenbergsbundes, unsern Antrag abzulehnen. Der Referent beantwortete jedoch den Antrag der Typographischen Vereinigung, bei der es sich nur um eine sachliche Vereinigung handle, die absolut keine politischen Zwecke verfolge. Von einer Bevorzugung der einen Organisation gegen die andre könne keine Rede sein, da eben nur eine Organisation den Antrag gestellt habe. Fortbildungsschuldirektor Krämer habe dem Referenten aus Befragen mitgeteilt, daß er an dem von der Typographischen Vereinigung beabsichtigten Unterrichtskursus das größte Interesse habe. Er habe festgestellt, daß es sich um eine Vereinigung von freisamen jungen Leuten handle, er (Krämer) habe von dem in seinem ersten Schreiben Gesagten nichts zurückzunehmen.

Auf die Einwände des Stadtverordneten Dreier und dessen an den Magistrat gerichtete Frage, wie sich dieser dazu stelle, erwiderte ihm der Oberbürgermeister treffend, daß der Magistrat keine Bedenken habe, daß der Unterrichtskursus etwa zu politischen und agitatorischen Zwecken ausgenutzt werde. Auch die Ansicht des Stadtverordneten Dreier sei nicht durchschlagend. Die Typographische Vereinigung veranstalte den Kursus eben

nur für ihre Mitglieder, wie dies jede andre Vereinigung auch tun könne."

In der Abstimmung wurde dann der Antrag der Vereinigung gegen die Stimmen der Zentrumsvertreter angenommen.

Wie aus vorstehendem zu ersehen, haben die Bündler trotz ihres denunziatorischen Vorgehens ihren Zweck nicht erreicht. Es gibt eben Gott sei Dank noch Leute mit gesundem Sinn, die noch nicht aller Logik bar sind. Aber den verdienten Misfall der Bündler sind nicht nur diese, sondern auch ihre „christlichen“ Helfershelfer erbost. So verjagte der Sekretär einer Gewerkschaftsversammlung der Christen am 1. Dezember den hiesigen Magistrat der Regierung gegenüber zu denunzieren, daß er städtische Schulräume „einem sozialdemokratischen Verbände für seine Zwecke“ zur Verfügung gestellt habe. Wirklich eine nette Gesellschaft!

Zweck dieser Zeilen ist, vor der Öffentlichkeit wieder einmal das gemeinsame Treiben dieser Patentchriften festzunageln, die sich nicht genug tun können in Heulmeiereien über angeblichen Terrorismus von Seiten der Verbandsmitglieder. O, diese Heuchler!

Hamm (Westf.).

F. S.

Das Buchgewerbe im Auslande.

Frankreich. Mit echt französischem Impulse hat die Situation der Pariser Buchdrucker eine bedeutende Wendung — glücklicherweise zum Guten — erfahren. Es ist noch erinnerlich, wie gerade vor einem Jahr eine geplante Tarifbewegung so lange verschoben werden mußte, bis es zu spät war. Das Gros der Kollegen blieb indifferent; innere Kämpfe um persönliche und taktische Angelegenheiten, die Niederlage der Maschinenseher im Januar 1909, alles dies mochte dazu beigetragen haben. Die Lage wurde seit dem großen Kampfe 1906 immer hoffnungsloser. Vielleicht war es ein Glück, daß letztes Jahr die projektierte Bewegung aufgeschoben wurde, denn auf diese Weise bekam der Sektionsvorstand eine Spanne Zeit für die vielen noch so nötigen Vorbereitungen. Die Erfahrungen, die das Sektionskomitee bei dieser Aufklärungsarbeit, bestehend hauptsächlich in Druckerpropagandaveranstaltungen, bei den verschiedenen Urabstimmungen usw. sammelte, waren alles andere als immer erfreuliche und anspornende. Das geht auch am besten daraus hervor, daß die führenden Kollegen der Pariser Sektionen nicht oft genug auf Umsicht und Verantwortungsgefühl hinweisen konnten. Zwei von uns geschätzte Tugenden, von denen man aber gerade an jener Stelle oft nichts wissen wollte. Ein erfreuliches Zeichen für das Komitee wie für alle Kollegen überhaupt brachte die außerordentliche Mitgliederversammlung am 16. November. Gegen 2500 Kollegen — eine seit langem nicht mehr erreichte Zahl — hatten sich eingefunden, um über die Lage zu beraten und dem Komitee Richtlinien für eine Tarifrevision zu genehmigen. Die ganze Versammlung war sich einig, daß eine Lohnaufbesserung zu einer unaufschiebbaren Notwendigkeit geworden sei. Es bestanden zwei Vorschläge: 9 Fr. und 8,10 Fr. pro Tag. Daneben sollte die Verallgemeinerung des neunstündigen Arbeitstages erfolgen, der leider, trotz des kulturellen Rufes der Hauptstadt, noch nicht erreicht ist. Der Versammlung war einige Tage vorher eine weitere Urabstimmung vorausgegangen mit der klaren Frage: „Sind Sie für eine Lohnaufbesserung und gegebenenfalls auch bereit, zur Erlangung die Arbeit niederzulegen?“ Das Resultat soll geheim gehalten werden, aber, wie in der Versammlung betont wurde, ein recht gutes sein. — Es wurde kein Hehl daraus gemacht, daß man diesmal ohne Rücksicht zum äußersten Mittel greifen werde. Nach der Diskussion zu schließen, rechnete die Mehrzahl der Redner bereits mit dieser Möglichkeit. Was die Maschinenseher betrifft, so sollen die der Leistungen an einem eventuellen Streik nicht teilnehmen, vielmehr von Anfang an 10 Proz. vom Lohn als Extrasteuer aufbringen. Das Verhalten der übrigen Maschinenseher soll sich aus der Situation ergeben. Vom Vertreter der Maschinenseher wurde darauf hingewiesen, daß durch die Verschmelzung der vier Organisationen in eine, die nun 1300 Mitglieder anstatt 400 zählt, mit Recht auf mehr Erfolg gerechnet werden könne. Im übrigen seien die Maschinenseher mehr wie bescheiden, sie verlangten die alten Forderungen von 1906 einschließlich des neunstündigen Arbeitstages, da dieser nur zum Teil zur Einführung kam. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: „Die 2500 auf der Arbeiterbörse versammelten Buchdrucker rechnen auf die Umsicht und den festen Willen des Sektionskomitees, daß es mit Hilfe aller Kollegen und, wenn nötig, mit dem Streik die Erreichung der gestellten Forderung sichergestellt; sie drücken dem Komitee ihr volles Vertrauen aus, ihm völlig überlassend, weitere ihm gutdünkende Schritte unter Berücksichtigung des Resultats der Urabstimmung zu bestimmen.“

Wenige Tage später, nach definitiver Beendigung der Urabstimmung, übersandte das Sektionskomitee der Prinzipalsvereinigung die Bitte um eine baldige mündliche Unterhandlung. Am 25. November wurde bereits eine Kommission, bestehend aus Delegierten der Seher, Drucker und Mitglieder vom Sektions- und Zentralkomitee, empfangen. Bei dieser Gelegenheit wurden die neuen Tarifsätze den Prinzipalsvertretern überreicht. Bei der versuchten Verständigung trat Har zutage, daß das Prinzipalsyndikat durch illusorische Versprechungen die Verhandlung zu verschleppen suchte, um Zeit zu gewinnen. In die Enge getrieben, versprach es eine gemischte Zu-

sammenkunft für letzten Sonnabend (30. November). Aber schon am Abend vorher übermittelte es eine definitive Antwort, die lautete: „Weder an den neunstündigen Arbeitstag noch an eine Lohnerhöhung kann vorerst gedacht werden!“ Auf diese schroffe Abgabe hin, ohne erst die geplante Zusammenkunft abzuwarten, blieb nichts anderes übrig, als zu handeln.

Am Sonntag, 1. Dezember, fand nun eine allgemeine Buchdruckerversammlung statt, um über die neu geschaffene Lage zu beraten und entsprechende Beschlüsse zu fassen. Als offizielle Redner hatten die Seher, Maschinenmeister und Ygerfektion, das Sektions- und Zentralkomitee Kollegen bestimmt. Es entspann sich eine heiße Diskussion über die Höhe der Lohnzulage. Es waren zwei Anträge gestellt, der eine wünschte, die tägliche Zulage zum Stundenlohn auf einen Franc, der andre auf nur 90 Cts. festzusetzen. Die Mehrheit war für letzteren, so daß sich die neue Forderung zusammenfassen läßt in: neunstündige Arbeitszeit, 8,10 Fr. Lohn pro Tag. Nachdem Kollege Sergent über den Gang der Verhandlungen Bericht erstattet und die einzelnen Sektionen ihrer Meinung Ausdruck verliehen hatten, nahm Kollege Keuser vom Zentralkomitee das Wort unter allgemeiner Aufmerksamkeit, um die völlige Übereinstimmung des Zentralkomitees mit den Pariser Sektionen kundzutun sowie die traktfähigste Hilfe für den Fall eines Streiks in Aussicht zu stellen. Es ist wohl unnötig, besonders zu betonen, daß er großen Beifall erntete. Es war ein fast feierlicher und imposanter Moment dieser „Friedensschluß“ zwischen den feindlichen Brüdern“ nach all den Jahren voller häßlicher Bekämpfung. Das ist schon ein erster Sieg in der Bewegung. Mögen dem betriebliebenden Aufsatze noch andre folgen. Zum Schluß wurde folgende Resolution unter allgemeinem Beifall einstimmig angenommen: „Die Pariser Sektionen des Bucharbeiterverbandes bevollmächtigen nach Anhören verschiedener Redner und der Mitteilung von der Antwort des Prinzipalsyndikats, die in ihrer Fassung jeder Unterhandlung feindlich gegenübersteht, ihre Komitees, im Einverständnis mit dem Zentralkomitee den Streik zu proklamieren in dem Momente, wenn es ratfam erscheint, und zu dem Zwecke, mit allen Mitteln die Generalisierung des neunstündigen Arbeitstages sowie eine angemessene Lohnerhöhung, die durch die Teuerung unerlässlich, durchzuführen.“

Die Unterhandlungen mit dem Prinzipalsyndikat sind abgebrochen, doch sollen solche mit den einzelnen Druckereien für zwei Tage geführt werden. Bei allen Firmen, die dann die neuen Forderungen nicht anerkennen, soll die Arbeit niedergelegt werden.

Beim Erscheinen dieser Nummer dürfte unter Umständen der Kampf schon entbrannt sein. Bemerkenswert ist, daß die große Tagespresse, u. a. „Le Journal“ und „Le Matin“, keinerlei Berichte am Montag über die gefassten Beschlüsse des Sonntags brachten.

Volkswirtschaft.

Deutsche Wirtschaftspolitik und deutscher Parlamentarismus.

In den letzten Novembertagen fand im deutschen Reichstage zwischen den Vertretern der Reichsregierung und den aus direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen sogenannten Volksvertretern eine Aussprache über die gegenwärtige Wirtschaftspolitik in Deutschland statt, als deren Resultat die Ablehnung eines Misstrauensvotums gegen den Reichskanzler mit 174 gegen 140 Stimmen zu verzeichnen ist. Dieses Ergebnis ist für die Regierung wie für den Parlamentarismus und für das Volk in seiner Gesamtheit so wenig erfreulich, wie die eigentliche Ursache, die zu dieser Entscheidung selbst erst den Anstoß gab: die immer noch mit schwerem Druck auf der Bevölkerung lastende Teuerung, insbesondere die Fleischteuerung. Der Reichskanzler und seine Getreuen konnten das Vorhandensein einer Notlage in keiner Weise leugnen, trotzdem erklärten sie aber die gegenwärtige Wirtschaftspolitik im Interesse der deutschen Landwirtschaft als die beste und einzig mögliche. Das kann nun allerdings kein Mensch bestreiten, daß dem so ist, vorausgesetzt, daß man unter Landwirtschaft nicht die schwer arbeitenden und um ihr Dasein ebenso hart wie die Industriearbeiterschaft ringenden Kleinbauern versteht, die unter 2 Hektar Bodenfläche besitzen und nach der letzten Zählung 58,9 Proz. der gesamten Landwirtschaft betreuenden Bevölkerung umfassen, sondern die mit mehr als 5 Hektar Landausfläche gesegneten, etwa 23 Proz. der landwirtschaftlichen Bevölkerung ausmachenden Grundbesitzer. Diese fahren allerdings mit der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik am besten, aber nicht die erdrückende Mehrheit des Volkes. Und so bleibt denn auch für die Arbeiterschaft und insbesondere für die Gewerkschaftsbewegung nach der neusten Entscheidung über die Taktik im deutschen Wirtschaftsleben nur übrig, noch weit mehr dafür zu sorgen, daß die Ursachen der sie drückenden Sorgen ums tägliche Brot von allen immer klarer erkannt werden und damit der Zeitpunkt näher gerückt wird, wo das Ringeln an der Wage des Wirtschaftslebens sich auf ihre Seite neigt. Unmöglich ist das nicht. Wenn es hätten bei der am 30. November d. J. im Reichstage vorgenommenen Abstimmung auf der Seite des Reichskanzlers nur 18 Stimmen weniger und auf der Seite des Volkes 17 mehr sein dürfen, so hätte v. Westmann wohl sagen müssen: „Meine Herren! Ich sehe ein, daß unser bisheriger Kurs nicht dem Wunsch der Mehrheit des deutschen Volkes entspricht usw.“ Das weitere dieser von nicht ganz 20 Stimmen im Reichstag abhängig

gewesenen Rede überlassen wir der Phantasie unserer Leser und kehren zurück zur Wirklichkeit, in der eben diese 17, Duzend Stimmen noch fehlen. Da halten wir es denn für eine außerordentlich nützliche Sache, wenn wir aus den Verhandlungen im deutschen Reichstag über die gegenwärtige Frage kurz zusammenfassen, was der Mühe wert ist, auch in den Spalten des „Korr.“ Erwähnung zu finden; nicht zuletzt auch um unsern Lesern zu zeigen, woran es letzten Endes liegt, daß unsere gewerkschaftlichen Bestrebungen bezüglich der materiellen Seite weniger als je zur Ruhe kommen können.

Zunächst ist als typisches Zeichen für die Struktur der heutigen Volkswirtschaft im deutschen Reichstage zu beachten, daß allein die sozialdemokratische Fraktion sich verpflichtet fühlte, eine Interpellation zur Teuerung einzubringen. Für alle anderen Parteien schien demnach dazu eine Notwendigkeit nicht vorzuliegen. Die sozialdemokratische Interpellation hatte ihren Schwerpunkt in der Anfrage an den Reichskanzler, ob er bereit sei, zur Milderung der durch die außerordentliche Teuerung hervorgerufenen schmerzlichen Belastung breiter Kreise des Volkes Schritte zu tun. Die Begründung dieses Appells an die Exekutive der Reichsregierung wurde von dem Abgeordneten Scheidemann in scharf pointierter Weise gegeben. In erster Linie geriet er den Köhlerglauben ab, von der „vorübergehenden Erscheinung“ und stellte fest, daß nicht nur die Preise für Fleisch, sondern auch für die meisten andern notwendigen Lebensmittel seit Jahren fortwährend gestiegen sind; ferner beleuchtete er das Unzulängliche der Regierungsmassnahmen und die Schranken gegen die Konsumvereine. Das schönste aber ist, daß Scheidemann in der Lage war, die heutige Stellung der Regierung zum Fleischbeschaugesetz, auf dessen § 12 in erster Linie die Abschließung Deutschlands gegen billigeres Auslandsfleisch beruht, als eine solche nachzuweisen, gegen die sich die Reichsregierung im Jahre 1898 mit Händen und Füßen gestraubt hatte. Schon vor 14 Jahren habe der Regierungsvertreter bezweifelt, daß die deutsche Landwirtschaft imstande sein werde, den gesamten Fleischbedarf für Deutschland zu decken und infolgedessen zu befürchten sei, daß die Annahme des § 12 des Fleischbeschaugesetzes die Gefahr einer Fleischverwertung heraufbeschwäre. Und heute stehe und falle der Landwirtschaftsminister mit diesem ominösen § 12, der Deutschland die teuersten Fleischpreise gebracht habe! Mit schneidender Schärfe bedrte er auf, daß bei dieser Komödie nur die Fernhaltung unbequemer Konkurrenz unter dem Deckmantel der Gesundheitsförderung im Interesse der Großgrundbesitzer betrieben wird. Wie recht Scheidemann mit dieser Behauptung hatte, ergibt sich aus der Bevölkerungszählung in Verbindung mit der Berufszählung. Während z. B. die Bevölkerung in den letzten 100 Jahren in Deutschland ständig zunahm, ging die Zahl der Landwirte beständig zurück. In Preußen, dem größten deutschen Bundesstaate, zählte man im Jahre 1816 noch 78 Proz. der Bevölkerung als zur Landwirtschaft gehörig, 1849 nur noch 64 Proz., 1867 nur noch 48 Proz., 1882 nur noch 42 Proz. und 1895 gar nur noch 35 Proz.; für das ganze Deutsche Reich ergab die Berufszählung im Jahre 1907 nur 32,6 Proz. der erwerbstätigen Bevölkerung als Landwirte, und im Vergleich zur Gesamtbevölkerung betrug der Prozentatz jener Personen, die direkt von der Landwirtschaft abhängig waren, gar nur noch 28,6, während in der Schweiz dieses Verhältnis mit 39,9, in Frankreich mit 41,8, in Italien mit 59,4 und in Ungarn sogar noch mit 69,7 Proz. nach den letzten Zählungsergebnissen anzunehmen ist. Dem stelle man gegenüber, daß seit 1816 die Bevölkerung auf dem heutigen deutschen Reichsgebiete um etwa 150 Proz. vermehrt hat. Aus dieser Entwicklung geht unbestreitbar hervor, daß das deutsche Volk sich immer weniger auf seine eigene Landwirtschaft verlassen kann und daß eine Unterbindung der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse das Wohl der übergroßen Mehrheit des Volkes schädigt. Trotzdem wußte aber der Reichskanzler auf die sarkastische Kritik Scheidemanns nur zu sagen, daß die Regierung, die die Landwirtschaft einer übermächtigen Konkurrenz des Auslandes aussetzen wollte, an den Wurzeln der Landwirtschaft nagen würde. Daß die deutsche Industrie gerade im Kampfe mit der ausländischen Konkurrenz sich zu einem mächtigen Faktor auf dem Weltmarkt entwickelt hat, und daß z. B. England schon seit Jahrzehnten sich nicht mehr auf seine eigene Landwirtschaft stützen kann, sondern ebenfalls nur auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln angewiesen ist und trotzdem als Weltmacht ersten Ranges gilt, spielte für den Reichskanzler gar keine Rolle. Der weitgehende Schutz der Landwirtschaft scheint ihm die wichtigste Sache für die deutsche Wirtschaftspolitik. Daß das nur auf Kosten der übergroßen Volksmehrheit und auf Kosten der deutschen Industrie geschehen kann, betrachtet er lediglich als notwendiges Übel. Warum, dürfen wir hier nicht sagen, weil die Antwort mehr auf politischem denn auf wirtschaftlichem Gebiete zu finden ist. Die aufmerksamen Leser des „Korr.“, die unsere volkswirtschaftlichen Betrachtungen und sonstigen Abhandlungen über allgemeine Fragen ständig nicht nur lesen, sondern auch durchdenken, werden die richtige Erklärung ohne dies finden. Außerdem brachten die weiteren Parlamentarierreden zu der vorliegenden Interpellation noch manche Punkte, die zur Klärung auf wirtschaftlichem Gebiete für die nächste Zeit dienen können. So mußte der Zentrumsabgeordnete Giesberts sogar zugeben, daß die neuerdings mehr in Erscheinung tretende viellose Landwirtschaft mit der Notwendigkeit einer stärkeren Fleischversorgung der Bevölkerung in auffallendem Widerspruch steht, daß also die Landwirtschaft die Dienste, die ihnen die Reichsregierung leistet, nicht gerade mit be-

sonderem Danke loht. Im übrigen waren aber die Ausführungen dieses Redners keineswegs darauf abgestimmt, für die von der Teuerung bedrückte Bevölkerung durchgreifende Erleichterungen herauszufinden. Er sprach gegen die Einfuhr argentinischen Gefrierfleisches und nahm die Reichsregierung gegen die Anklagen Scheidemanns in Schutz. Mehr im Volksinteresse gelegen waren dagegen die Darlegungen des Redners der Volkspartei, Dr. Wendorf. Als Hauptursache der Teuerung bezeichnete er ohne Einschränkung die Wirtschaftspolitik. Die Futtermittelgüter hätten die Produktionskosten der Viehzüchter um Millionen verteuert, dazu komme die Ausdehnung der viehlosen Wirtschaft und der Rückgang des Ackerbaus. Aber bezüglich der Zulassung ausländischen Viehs hatte der Redner besondere Bedenken. Er erklärte darin eine gefährliche Schädigung der deutschen Viehzüchter. Als besten Ausweg bezeichnete er schließlich eine großzügige innere Kolonisation und Aufstellung der Staatsböden, womit er das Entsetzen der Brotagarier hervorrief. Darauf kam der preussische Landwirtschaftsminister an die Reihe. Nachdem er schon vor kurzem im preussischen Abgeordnetenhaus zur Bewältigung der Fleischnot eine verstärkte Rationierung empfohlen hatte, erklärte er jetzt im Pferdeselbst ein Mittel, um über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegzukommen. Die Futtermittelgüter betrachte er als Ursache einer Verbilligung der Futtermittel und die ganze bisherige Wirtschaftspolitik als einen Segen für das deutsche Vaterland. Ihm folgte ein Gleichgesinnter, der Reichsparteiler Löcher. Dieser konservative Herr machte sich dadurch einen Namen, indem er zu verheeren gab, daß die gegenwärtige Wirtschaftspolitik allen Ständen Vorteile gebracht habe; nur Arbeitern, die ihr Geld für Methylnalkohol ausgeben, gehe es schlecht. Der Sozialdemokrat Moltenbühr war der nächste Mann im Treffen. Er wies nach, daß alle bisherigen Versuche, durch Grenzsperrn und Zölle Deutschland vom Ausland unabhängig zu machen, erfolglos waren und nur die wirtschaftliche Lage in Deutschland selbst verschlechtert hätten. Heute sei die ganze Welt auf die ganze Welt angewiesen, und da sei es gleichgültig, ob Zucker ausgeführt oder Vieh eingeführt werde. Im wirtschaftlichen Wettkampfe werde nur jene Nation bestehen können, der es gelingt, ihr Menschennaterial tüchtig und kräftig zu erhalten. Deshalb sollte an ein Gesetz gedacht werden, daß die Arbeitslöhne stets in Einklang mit den Preisen setze. Von besonderer Bedeutung war im weiteren Verlaufe der Debatte am dritten Verhandlungstage zunächst die Rede des Nationalliberalen Siegel, der eine Steigerung der Produktionskosten der Großgrundbesitzer in erster Linie auf die hohen Löhne zurückführte. Der Luxus auf dem Lande sei ein ganz enormer. Die Löhner der Knechte möglicherweise nach in Seide zur Hochzeit gehen und die Knechte selbst führen im Gehrod und in feinen Lackstiefeln zur Kirche. In 33 Jahren habe er nur dreimal die Maul- und Klauenseuche gehabt. Trotzdem hielten aber er und seine Parteifreunde an der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik fest. Nach einem ungewollten Eingeständnisse des Staatssekretärs Dr. Delbrück, daß die Zölle dazu geschaffen seien, um im Inlande die Preise zu erhöhen, gab der Volksparteiler Gotheim noch einige salzige Köstlein zur diesmaligen Teuerungsschelte. Er führte an, daß er viele Landwirte kenne, die es für ihre selbstverständliche Pflicht halten, möglichst rentabel zu wirtschaften, und darum gar nicht daran denken, Vieh zu züchten, weil eben die Getreidepreise für sie noch günstiger sind als die Fleischpreise. Seit 1906, seit die hohen Getreidepreise in Kraft getreten sind, sei ein ständiger Rückgang der Schlachtungen und der Viehhaltung zu verzeichnen. Erfolge in Zukunft nicht eine wirksame Förderung der Kleingrundbesitzer, so werde die Fleischnot immer schlimmer werden. Das letzte Licht in der parlamentarischen Beleuchtung der deutschen Wirtschaftspolitik zündete der Sozialdemokrat Dr. Südekum an. Er stellte unter lebhaftem „Hört! Hört!“ seitens der Rechten ausbrüchlich fest, daß seine Partei in keiner Weise auf den Freihandel eingeschworen sei. Daß es vielmehr im Wesen der von ihr gewünschten besseren Wirtschaftsordnung liege, organisch in die Produktion und in die Verteilung der Güter eingzugreifen. In welcher Weise das im einzelnen zu geschehen habe, könne nur von Fall zu Fall entschieden werden. Die erste Sorge der Regierung müsse die Befestigung der Notlage des Volkes und nicht die Aufrechterhaltung der „bewährten Wirtschaftsordnung“ sein. Nach einigen kleineren Plankesseln, die wir hier jedoch übergehen können, wurde sodann die Besprechung geschlossen und am andern Tage die namentliche Abstimmung über den Antrag der Sozialdemokraten zur Interpellation über Teuerungsverhältnisse: „Die Behandlung der Gegenstände der Interpellation bildenden Angelegenheiten durch den Reichstagler entspricht nicht der Anschauung des Reichstags“, vorgenommen. Das war am 30. November. Die Abstimmung ergab Ablehnung des Antrags mit 174 gegen 140 Stimmen bei 9 Enthaltungen. Die Minderheit, die eine Änderung der Wirtschaftspolitik zugunsten des werktätigen Volkes wünschte, setzte sich nur aus den Vertretern der Sozialdemokraten und Volkspartei zusammen, alle andern Parteien waren dagegen. Diese klare Entscheidung ist das wichtigste Resultat der ganzen parlamentarischen Auseinandersetzung über Ursachen und Wirkungen der bisherigen deutschen Wirtschaftspolitik. Es ist wohl ein trauriges, aber kein trostloses Bild. Die Arbeiterschaft wird angesichts dieser Situation versuchen müssen, durch verstärkte gewerkschaftliche und genossenschaftliche Betätigung das zu erreichen, was der politischen Bewegung versagt geblieben ist.

Korrespondenzen.

Berlin. (Typographische Vereinigung.) Die Feier des 50jährigen Bestehens des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer fand auch in unserer Vereinigung ein Echo. Unser Mitglied Kollege Rudolf Albrecht hielt uns einen schönen Vortrag: „Aus Zeit und Vergangenheit des Berliner Vereins“. Der Ausblick war, daß der Verein früher schon alle Anfeindungen von außen überstanden habe, und daß er ihnen auch in Zukunft gewachsen sein werde. Der Vorsitzende forderte die Mitglieder auf, die Worte des Referenten zu beherzigen. Vorher hatte Herr Faktor Pauwels den ausgefallenen Wettbewerb des Vereins zum 50jährigen Bestehen einer sachkundigen Besprechung unterzogen. Dieser Wettbewerb wird vom 15. bis 18. Dezember während der Plakatausstellung noch einmal ausgestellt werden. Der Besuch der Plakatausstellung sei daher den Kollegen besonders empfohlen. — Ein gemütliches Beisammensein hielt die Teilnehmer an der Versammlung noch lange vereint.

Duisburg. Zu unser am 24. November abgehaltenen Bezirksversammlung, welche in Duisburg-Nußdorf abgehielt, waren 112 Kollegen erschienen, und zwar aus Duisburg 31, Mülheim 27, Ruhrort 26, Oberhausen 12, Hamborn 8 und Sterkrade 8. Nach Eröffnung der Versammlung wurde zunächst das Indentent des verstorbenen Kollegen Johannes Vockamp in der üblichen Weise geleitet. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten erstattete Kollege Paakey in ausführlicher Weise den Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz. Redner streifte auch die Leipziger Verhandlungen und ermahnte die Kollegen, stets treu auf dem Posten zu sein. In den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Debatte, an deren Schluß einmütige Zustimmung zu den Beschlüssen der Konferenz konstatiert werden konnte. Hierauf wurde der Massenbericht entgegengenommen und dem Kassierer Nesselhut einstimmig Entlassung erteilt. Die Tagesordnung der anregend verlaufenen Versammlung war hiernit erschöpft.

Ebersbach (Sa.). In der am 23. November stattgehabten Mitgliederversammlung nahm man zunächst mit Bedauern Kenntnis von der erfolgten Ablegung unfres langjähriger Vorsitzenden Jugelt wegen seines erfolgreichen Eintretens für den Tarif und die Arbeiterschutzgesetze. Kollege Jugelt darf hierauf einen Rückblick auf seine achtjährige Tätigkeit am Ort. Er schilderte, wie vor acht Jahren nicht nur am Orte, sondern auch in der näheren und weiteren Umgebung der Tarif nur auf dem Papiere stand, wie er mit Hilfe des Gewerkschaftsvereins Ebersbach-Böbau auf Durchführung des Tarifs drang und welche Kämpfe unter Inanspruchnahme der Tarifinstanzen nötig waren, um zu den heutigen tarifratischen Verhältnissen zu gelangen. Ferner erwähnte er, wie es ihm möglich war, vor zwei Jahren auf dem Gantag einen Antrag auf Einteilung des Gaus Dresden in Agitationsbezirke durchzuführen. Hierauf streifte er den Anschluß der Mitgliedschaft an das Gewerkschaftsstatut und berichtete über seine Tätigkeit im Gewerbegericht und der Krankenkasse, in welcher er durch seine Initiative ansehnliche Verbesserungen in den Unterstufungseinrichtungen durchzuführen verstand. Er ermahnte zum Schluß, die eroberten Positionen zu behaupten und wünschte der Mitgliedschaft Ebersbach ein kräftiges Wachsen, Blühen und Gedeihen. In der sich anschließenden Debatte wurden die Verdienste, die sich Kollege Jugelt, welcher stets in der ersten Reihe stand, wenn es galt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, rückhaltlos anerkannt und ihm der Dank für seine Tätigkeit durch Erheben von den Vägen ausgedrückt. Anschließend daran schritt man zur Wahl eines Vorsitzenden bzw. Vertrauensmanns. Als solcher wurde Kollege Käthlich gewählt, welcher für das ihm entgegengebrachte Vertrauen dankte und gelobte, die Geschäfte im Sinne seines Vorgängers zu führen. Beim Punkte „Verschiedenes“ wurden die Mitglieder auf die bevorstehenden Krankentassenwahlen und die Generalversammlung aufmerksam gemacht. Ferner wurden noch Kartellangelegenheiten erledigt.

Elfa i. Pol. Eines außerordentlich zahlreichen Besuchs hatte sich die am 23. November abgehaltene Monatsversammlung unfres Ortsvereins zu erfreuen. Nach Erledigung einiger wichtiger Vereinsangelegenheiten wurde u. a. allgemein bedauert, daß die Ausnahmestimmungen betr. der Arbeitszeit für den hiesigen, bereits über 17000 Einwohner zählenden Ort, noch nicht aufgehoben seien. Hoffentlich wird diesem „Schmerkinde“ bald abgeholfen. Im Anschluß daran hielt Kollege Lange einen einfindigen lehrreichen Vortrag über: „Die Typographischen Gesellschaften“. Redner verstand es, in leichtfaßlicher Weise ihre Ziele und Zwecke zu beleuchten. Die zu dem Vortrag ausgelegte Drucksachmustersammlung erweckte lebhaftes Interesse. Vorsitzender Neuring dankte dem Referenten im Namen des Vereins für seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Einige Neuaufnahmen für die hier seit sechs Jahren bestehende Graphische Vereinigung waren der Erfolg des Abends. Somit gehören fast alle Ortsvereinsmitglieder der Vereinigung an. Auch im Gau Posen wird das Interesse für den Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften immer größer, was gewiß erfreulich ist.

Bezirk Neustadt a. d. S. Am 1. Dezember fand unsere letzte diesjährige Bezirksversammlung statt, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Galt es doch, den Bericht von der Gewerkschaftskonferenz durch unsern Gewerkschafters Fuhs (Mannheim) entgegenzunehmen.

Kollege Fuhs schilderte in seinem anberthaltstündigen Vortrage die Lage im Gewerbe sowie die Schritte und Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz und erstete am Schluß seines Vortrags lebhaften Beifall. Mit den Beschlüssen war die Versammlung einstimmig einverstanden. Nach Erledigung einiger Interna und Bekanntgabe verschiedener wichtiger Einläufe schloß der Vorsitzende mit einem Appell an die Mitglieder, auch im bevorstehenden neuen Jahr ihre Schuldigkeit zu tun, die anregend verlaufene Versammlung.

Sangerhausen. Veranlaßt durch die immer größer werdenden Anforderungen an die Gesellschaft unfres Berufs war unter den Mitgliedern des hiesigen Ortsvereins der Wunsch rege geworden, die Gründung einer „Typographischen Vereinigung“ in die Wege zu leiten. Nachdem sich ein geeigneter Kollege zur Übernahme der technischen Leitung bereit erklärt hatte, wurde zur offiziellen Gründung geschritten. Die Vereinigung zählt 14 Mitglieder. Zu wünschen wäre jedoch, daß sich auch die noch fernstehenden Kollegen, namentlich die jüngeren, im Interesse ihrer eigenen Erhaltung unter Vereinigung anschließen. Erfreulichweise ist das Interesse der Mitglieder ein reges und wir können mit den bisherigen Arbeiten zufrieden sein. In die schon bestehenden Vereinigungen richten wir die Bitte, uns um der guten Sache willen mit etwa vorhandenem überflüssigen Materiale zu unterstützen. Schon im voraus sagen wir allen Einsendern besten Dank. Aus zugeordnete Sendungen bitten wir an Kollegen Carl Schmidt, Vor dem Wasserort 10, zu adressieren.

Sträßburg (Elf.). (Kartell der Maschinenmeistervereine von Baden und Elsaß-Lothringen.) Am 24. November tagte hier die sachungsgemäße Konferenz obiger Vereinigung angeschlossener Vereine. Der Vertrauensmann Wachsmann (Karlsruhe) eröffnete sie mit herzlichen Begrüßungsworten. Als Vertreter vom Gau Oberrhein nahmen die Kollegen Friedrich und Thumm und vom Gau Elsaß-Lothringen die Kollegen Aligner und Klein an den Verhandlungen teil. Die Präzise ergab die Unwesenheit sämtlicher Delegierter. Aus dem Geschäftsbericht ging zunächst hervor, daß die Kartellkommission seit der letzten Konferenz bestrebt war, auf dem vorgesehnen Wege zur Hebung der Lage und Weiterbildung der Kollegen ein Etüd weiter zu kommen. Dann ließ der Bericht die Tarifierung Neuve passieren. Nach kurzen Bemerkungen wurde der Geschäftsbericht genehmigt. Aus den Situationsberichten der einzelnen Vereine war zu entnehmen, daß der Tarifeinfluss durchweg keine erkennbaren Verbesserungen bereitet wurden, trotzdem wurde über die Entlohnung der Höherentlöhnten überall geklagt. In allen Berichten wurde das Klage über die große Kontingenzanzahl angeführt. Das Vereinsleben ist als gut zu bezeichnen. Der Erhalt der Situationsberichte, die sich dahint zusammenfassen, daß die Verhältnisse mit kleinen Unterschieden überall sind. Beim dritten Punkte der Tagesordnung: „Rückblick und Ausblick“, grüßte Kollege Wachsmann zunächst auf die Entscheidung unfres Sparte ein, um dann in längeren Ausführungen diese ganze Materie zu beleuchten, wobei manch guter Gedanke zum Ausdruck kam. In der sich daran anschließenden Debatte wurde die richtige Anwendung aus dem Referat gezogen. Von verschiedenen wichtigen Anträgen, die zur Beratung standen, gelangten folgende zur Annahme: „Der antragstellende Verein erjudet die in Sträßburg tagende Konferenz der in Kartelle vereinigten Maschinenmeistervereine von Baden und Elsaß-Lothringen, Mittel und Wege zu suchen, um in den laufenden Tarif noch 20 Stimmungen über die neuen Tiefdruckrotations- und Flachdruckmaschinen zu bringen, eventuell solche bei den zuständigen Instanzen zu beantragen. Diefelben könnten als Zufußbestimmungen zu den Spezialbestimmungen der Maschinenmeistervereine von Baden und Elsaß-Lothringen gestellt den Antrag, daß die für die Tarifierungen notwendigen Experten der Drucker möglichst auf einen jeweils stattfindenden Kongresse gewählt werden.“ — „Die Konferenz richtet an die Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands das Ersuchen, sich mit dem Zentralvorstand in Verbindung zu setzen, um Mittel und Wege zu suchen, der großen Arbeitslosigkeit der Drucker, welche eine solche Höhe noch nicht erreicht hat, entgegenzuarbeiten. Ferner soll die Zentralkommission zu geeigneter Zeit eine Statistik herausgeben, aus welcher die Vorstände und Vereine ein klares Bild der Arbeitslosigkeit der Maschinenmeister erhalten.“ — „Die Konferenz soll Mittel und Wege suchen, um der in letzter Zeit so sehr einseitigen Interessiertheit der Mitglieder in bezug auf Versammlungsbefuch und sonstige technische Veranstaltungen entgegenzuarbeiten, weil dadurch eine Schädigung unfres Berufsparte unvermeidlich ist.“ — „Die Konferenz möge sich schlüssig werden, ob es nicht angebracht wäre, in nächster Zeit einen Spartenatag für die an das Kartell angeschlossenen Vereine abzuhalten. Durch ein gutes Referat nicht andern wichtigen Fragen soll derselbe beitragen, einen besseren Zusammenschluß der Mitglieder herbeizuführen. Ort und Zeit bleibt der Konferenz überlassen.“ Als Ort zur Abhaltung des Spartenatags wurde Lahe (Baden) bestimmt. Es soll hierzu ein auswärtiger Redner gewonnen werden. Als Vorort des Kartells wurde wieder Karlsruhe gewählt. Nachdem noch einige Interna erledigt worden waren, wurde die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband und die angeschlossenen Vereine beendet.

Rundschau.

Zur Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe. Wie wir dem „Hannoverschen Tageblatt“ entnehmen, fand vor einigen Tagen in Hannover eine Versammlung von Vertretern der Meisterprüfungskommission für das Buchdruckerhandwerk statt, wobei die Handwerkskammerbezirke Hannover, Aurich, Verden, Braunschweig, Hildesheim, Harburg, Oldenburg, ferner der Bezirksverein unseres Verbandes zu Hannover und die Gewerbetreibenden Bremen und Hamburg vertreten waren. Die Beratung bezweckte eine einheitliche Gestaltung der Meisterprüfung für das Buchdruckerhandwerk in den niedersächsischen Kammerbezirken. Die Versammlung stimmte folgenden Vorschlägen zu: Der Schwerpunkt der praktischen Prüfung soll außer auf technische Arbeitsproben auch auf die zum selbständigen Betriebe notwendigen Kenntnisse, also auf Kalkulation, Buch- und Rechnungsführung, gelegt werden. In der Kalkulation soll die Berechnung von Formularen, eines illustrierten Katalogs und Merkantil- und sonst vorkommenden Arbeiten gefordert werden. Die Kalkulationsprüfung soll schriftlich erfolgen, außerdem ist ein deutscher Vorkurs über ein fachtechnisches Thema anzufertigen und eine schwierige Korrektur zu lesen. Ferner sollen die beteiligten Kammern und der Deutsche Handwerkskammertag aufgefordert werden, diese Beschlüsse liberall auf Geltung zu bringen. Auch soll versucht werden, die Zulassung zur Meisterprüfung nicht wie bisher von einer dreijährigen, sondern von einer fünfjährigen Gehilfenzeit abhängig zu machen. Endlich will man den Kammern anheimstellen, die Vorbereitung der Gehilfen auf die Meisterprüfung durch Kurse oder Fachschulen zu unterstützen. Auch der Deutsche Buchdruckerverein soll deswegen angegangen werden. Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch nochmals darauf aufmerksam machen, daß ab 1. Oktober 1913 die Ablegung der Meisterprüfung für alle obligatorisch sein wird, die das Recht zur Lehrlingsausbildung ausüben wollen.

Betriebsunfälle. Dem Buchdruckerbesitzer R. Wüch in Homberg (Regierungsbezirk Kassel) wurden beim Schneiden von Papier vier Finger der linken Hand glatt abgeschnitten. — Ein weiterer Betriebsunfall, der als aktuelle Illustration zu dem im „Korr.“ in den beiden vorhergehenden Nummern behandelten und in nächster Nummer vorläufig zum Abschluß kommenden Thema „Unfallgefahren im deutschen Buchdruckgewerbe“ angehen werden kann, ereignete sich am 29. November in der Druckerei der Rettungsanstalten zu Diesdorf im Kreise Striegau. In Abwesenheit eines Maschinenmeisters ließ ein noch nicht 16jähriger Lehrling die Schnellpresse des Abwesenden laufen, was die Ingenieurin wohl nicht rechtzeitig bemerkte, denn sie kam dabei mit einer Hand in das Getriebe und erlitt eine erhebliche Verletzung. Es wäre in diesem Falle zunächst zu erörtern, auf wessen Geheiß oder unter welchem Einflusse der betreffende Lehrling gehandelt hat. Denn es scheinen hinsichtlich der unglücklichen Arbeitsweise in diesem Betriebe ganz besondere Verhältnisse zu herrschen, da dieser Unfall im laufenden Jahre schon der dritte in der gleichen Druckerei ist.

Zum Plakatwettbewerb der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. Das Preisgericht hat folgende Entscheidung gefällt: Den ersten Preis in Höhe von 1500 Mk. erhält Erich Schilling (Suhl i. Thür.) für „G. u. B. Leipzig 1914“, den zweiten mit 1000 Mk. Karl Mugaly (Wiesbaden) für „Rothhäute“ und zwei dritte Preise von je 750 Mk. erhalten W. S. Deffe (Berlin) für „Allgemeines Kopfschütteln“ und Herr Georg Preller (Leipzig) für „Iran“. In die engere Wahl gezogen wurden außerdem noch die Entwürfe „Opolo“ von Ernst Böhm (Berlin) und „Die Hand“ von F. Heubner (München). Zu der Konkurrenz sind über 600 Arbeiten eingegangen, die vom 5. bis 18. Dezember im Deutschen Buchgewerbehaus in Leipzig öffentlich ausgestellt werden.

Neuausgabe der zweiduzendzigeiligen Gutenbergbibel. Im Leipziger Inselverlag soll noch in diesem Jahre der erste Band der zweiduzendzigeiligen Gutenbergbibel erscheinen. Dieses wohl hervorragendste Denkmal deutscher Buchdruckerkunst wird unter Leitung des Direktors Schwente von der Berliner königlichen Bibliothek in mehrfarbigem Lichtdruck reproduziert. Die ganze Auflage beträgt 300 Exemplare, davon drei auf Pergament mit der Hand ausgemalt, zu je 6000 Mk., 10 Exemplare auf van-Gelder-Blitzen mit aufgelegttem Gold zu je 2600 Mk., der Rest, ebenfalls auf van-Gelder-Blitzen, 700 Mk. ungebunden, 800 Mk. in Leder gebunden pro Exemplar.

Bestrafung eines Hingegardisten. Nach einem Ausfluge, den der Leipziger Kollegengesangverein am Reformationsfeste nach dem benachbarten Wurgern unternommen hatte, provozierten mehrere Hingegardisten einen Wortwechsel mit einigen Teilnehmern. Bei der bekannten Vorliebe der Hingegardisten für Gewalttätigkeiten war es nicht zu verhindern, daß einer von diesen zum Messer griff und blindlings um sich schlug. Dadurch wurden mehrere unserer Kollegen verwundet, einer sogar erheblich, so daß seine Überführung ins Krankenhaus nötig wurde. Die an sich schon vorhandene Entrüstung der Wurgerner Einwohner über das Treiben der importierten Streithingegarde in den letzten Wochen wurde durch das Vorkommnis derart gesteigert, daß es im Stadtparlament zu einer Interpellation am kam, die den Zweck verfolgte, die Bürgererschaft zu schütten vor den Raufereien der Hingegardisten. Am 5. Dezember stand vor dem Wurgerner Schöffengericht Verhandlung an gegen einen der Akteure. Wie uns telephonisch mitgeteilt wurde, lautete das gegen ihn ausgesprochene Urteil auf fünf Monate

Gefängnis und eine Woche Haft. Den beiden schwerer verletzten Kollegen wurden Schmerzensgelder in Höhe von 15 und 80 Mk. zuerkannt. Da der zweite der Hauptbeschuldigten dem gerichtlichen Termine fernblieb, konnte gegen ihn nicht verhandelt werden. Jedenfalls ist es erfreulich, daß auch einmal einem der Hingegardisten, die sich sonst sehr milder Beurteilung bei den Gerichten zu erfreuen haben, ein herber Denkzettel für seine Brutalität verabreicht wurde.

Warnung vor der Auswanderung nach Argentinien. Einen interessanten Einblick in die wirtschaftliche Lage der Arbeiter gestattet eine kürzlich veröffentlichte Statistik, die die Verhältnisse von 400 Arbeitern in Buenos Aires erfährt. Danach betrug der Durchschnittslohn 4 Papierpelo (a 1,70 Mk.) pro Arbeitstag, die Miete 28,5 Peso monatlich. Dabei bewohnten 341 nur einen Raum, 39 besaßen 2 Zimmer, 14 haben 3 und 6 verfügen über 4 Räume. 308 dieser Arbeiter sind verheiratet, sie haben 869 Kinder. In den erfassten 452 Räumen leben 1269 Ansassen, also durchschnittlich kommen 2,8 Personen auf jeden Raum. Manche Räume, die von Familien bewohnt sind, haben nur eine Tür, aber kein Fenster. Wenn man bedenkt, daß der Lebensunterhalt nach unsern Begriffen ganz ungeheuer verteuert ist, so kann man ermessen, daß diese lodernden Verhältnisse keine Auswanderer anziehen würden, wenn nicht Regierung und Unternehmer durch geschickte Reklame und teilweise Erstattung der Überfahrtskosten für das notwendige Arbeitsmaterial sorgen würden.

Nachklänge von der Papierarbeiterbewegung in Ascherleben. Interessante Zuschriften aus Fabrikantenkreisen der Papierwareindustrie veröffentlichte in letzter Zeit der Vorstand des Deutschen Buchbinderverbandes, aus welchen zu entnehmen ist, daß das Vorgehen der Firma Besthorn gegen ihre Papierwarenarbeiter selbst in Unternehmenskreisen Widerspruch findet. In einer dieser Zuschriften heißt es: ... es sei notorisch, daß die Firma Besthorn infolge ihrer „unwürdigen Löhne“ eine Art Monopol für die riesigen Massen gefütterter Bodenbeutel erworben habe, daß sie für dieselben Bodenbeutel, die in anderen Orten per 1000 mit 1,50 bis 1,70 Mk. bezahlt würden, ihren Arbeiterinnen nur 80—90 Pf. zahle, daß es in Deutschland überhaupt keine Firma gebe, die mit ähnlichen Löhnen rechnet, daß es unwahr sei, wenn die Firma erkläre, sie hätte aus Rücksicht auf die Handarbeiterinnen von der Einführung von Bodenbeutelmaschinen abgesehen, daß es solche Maschinen für die in Betracht kommenden Arbeiten noch gar nicht gebe, die Firma aber sicher die erste sein würde, solche einzuführen, wenn sie vorhanden oder rentabel seien. Des weiteren wird in einer andern Zuschrift ausgeführt: „Ein Monopol, das sich auf so unwürdige Löhne aufbaut, ist aber sowohl nationalökonomisch, als auch industriell unberechtigt, weil es zu ganz ungünstigen Verhältnissen führt und in der Hauptsache nur Nachteile schafft, im Grunde genommen sogar statt zum Lebensunterhalt der betreffenden Arbeiter beizutragen, zur Verarmung dieser Leute führt.“ Weiter wird zugegeben, daß der Ertrag der schlechtbezahlten Heimarbeiter durch technisch vollkommene Maschinen nur ein Segen für die Arbeiter und Arbeiterinnen sein würde. Und endlich wird erklärt: „Bisher ist die Firma Besthorn tatsächlich infolge der niedrigen Nebenlöhne in der Lage, jede mit normalen Löhnen rechnende Firma zu unterbieten, und wenn hierin Wandel geschaffen würde, dann wäre es ganz bestimmt nicht zum Schaden des Gewerbes!“

Krankenkassenwahlen in Wiesbaden. Bei den Wahlen zur Ortskrankenkasse in Wiesbaden siegte die Liste des Gewerkschaftsartells auch für die Siege der Unternehmer. Der ganze Kassenvorstand ist jetzt mit Kandidaten der freien Gewerkschaften besetzt.

Zur Neuordnung des Krankenkassenwesens. Über die Organisation der Krankenkassen, die am 1. Januar 1914 nach der Reichsversicherungsordnung in Wirksamkeit tritt, haben die zuständigen Minister jetzt grundlegende Bestimmungen getroffen. Hinsichtlich der allgemeinen Ortskrankenkassen wird bestimmt, daß Kassen mit einer voraussichtlichen Zahl von weniger als tausend Pflichtmitgliedern in der Regel nicht zu errichten sind. Nebeneinander bestehende Ortskassen und Landkrankenkassen können zur Vereinfachung der Geschäfte zusammengefaßt werden. Reichen die Gemeindeverbände dem Oberversicherungsamte die Beschlüsse über die Errichtung der Kassen, die durch Vermittlung des Versicherungsamts zu erfolgen hat, nicht bis spätestens am 1. Januar 1913 ein, so hat das Oberversicherungsamt die Errichtung bis zum 1. April 1913 anzuordnen bzw. errichtet das Oberverwaltungsamt selbst die Kasse. Die auf Grund der landesrechtlichen Vorschriften errichteten Hilfskassen sollen als Ersatzkassen grundsätzlich nicht zugelassen werden. — Betriebskassen, die nach dem 1. Januar 1914 weiterbestehen sollen, müssen bis zum 31. Dezember d. J. die Zulassung bei dem zuständigen Versicherungsamte beantragen. Wird dieser Antrag nicht gestellt, so hört die Betriebskrankenkasse mit Ablauf des Jahres 1913 auf zu bestehen bzw. wird von der Verbände aufgelöst. Der Antrag auf Zulassung kann von der Generalversammlung oder auch vom Unternehmer gestellt werden. Wird er von letzterem gestellt, so sind die Versicherten vorher zu hören, d. h. es ist ihnen Gelegenheit zu geben, sich dazu zu äußern. Die Zulassung der Kassen wird abhängig gemacht von der Zugehörigkeit von mindestens 100 Mitgliedern; auch sollen die Leistungen denen der maßgebenden örtlichen Krankenkassen mindestens gleichwertig und für die Dauer sichergestellt sein. Wo die Gleichwertigkeit noch nicht erreicht ist, muß sie bis zum 30. Juni 1914 erfolgt sein. Be-

stehende gemeinsame Betriebskrankenkassen mehrerer Unternehmer können unter gleichen Voraussetzungen anerkannt werden. Die Satzungen sind nach den amtlichen Muster-Satzungen des Reichsversicherungsamts, die Ende dieses Monats erscheinen sollen, umzuändern und einzureichen. Neue Betriebskrankenkassen können nur für solche Betriebe errichtet werden, die dauernd mindestens 150 Mitglieder beschäftigen. Alle vor dem 1. Januar 1914 neu zu gründenden Betriebskrankenkassen müssen ihre Zulassung auf Grund der Reichsversicherungsordnung bis zum 31. Dezember d. J. beantragen. Für das Jahr 1913 sind Neugründungen ausgeschlossen und erst nach dem 1. Januar 1914 können Anträge auf Errichtung von Betriebskrankenkassen — die dann allerdings nur noch nach den Bestimmungen der R.-V.-O. zu erfolgen haben — gestellt werden.

Ärzte und Krankenkassen. Auf Anregung des Reichs-amts des Innern wird für Mitte Dezember eine Konferenz zur Umbildung einer Verständigung zwischen den Ärzteorganisationen und den Kasserverbänden in der Frage der ärztlichen Behandlung der Krankenkassenmitglieder in Berlin stattfinden.

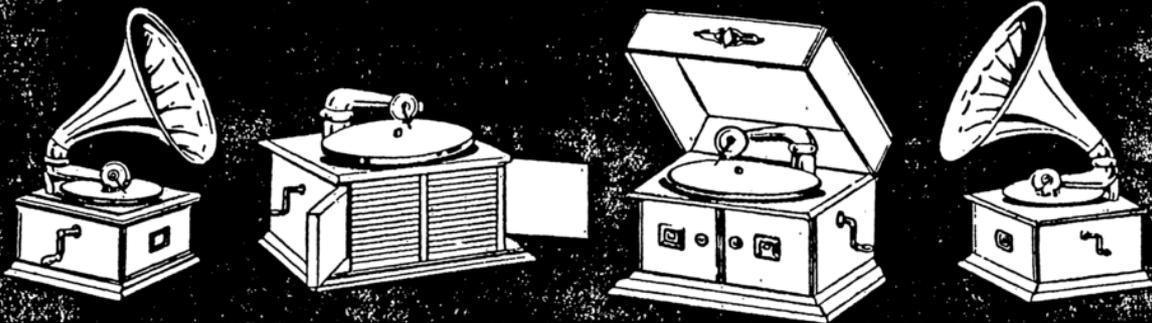
Gewerbegerichtswahlen. In Hof i. B. erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 1854 Stimmen, während die unter dem Namen „Nationaler Ausschuss für soziale Angelegenheiten“ stehenden liberalen Arbeitervereine ganze 296 Stimmen auf ihre Liste vereinen konnten. Von den zu wählenden 12 Beisitzern erhielten die freien Gewerkschaften 11 und die liberalen Arbeitervereiner 1 Beisitzer. In Bochum fielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 1714, auf die der christlichen 2122 und auf jene der evangelischen Arbeitervereine und der mit diesen zusammengehörenden Kirch.-Dunderschen 2129 Stimmen. Da die absolute Mehrheit unentschieden, ist die letztgenannte Liste mit 7 Stimmen gewählt. Gegen die Wahl vor zwei Jahren haben die freien Gewerkschaften 186, die christlichen 10 Stimmen gewonnen, während die „Sieger“ 43 Stimmen verloren haben. Die freien Gewerkschaften hatten infolge des danielerliegenden Baugeschäfts unter den Bauarbeitern einen Verlust von etwa 300 Wählern.

Literarisches.

„Deutscher Buchdruckerkalender 1913.“ Zehnter Jahrgang. Für die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker bearbeitet und herausgegeben vom Verbande der Deutschen Typographischen Gesellschaften (Sitz Leipzig). 232 Seiten. Elegant gebunden 1 Mk., in edel Leder gebunden 1,75 Mk. Der Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften, dessen emsige Tätigkeit seit der Sitzverlegung nach Leipzig auf den verschiedensten Gebieten unseres Berufslebens erfreulich immer mehr in die Erscheinung tritt, hat in diesem Jahre das Unternehmen gewagt, den bisher vom Kollegen Reghäuser herausgegebenen Deutschen Buchdruckerkalender zu erwerben und zu bearbeiten. Gewiß ist an Kalendern für Buchdrucker kein Mangel, was uns aber den vorliegenden wertvoll macht, ist der Umstand, daß er ein Werk darstellt, geschaffen von Verbandskollegen für Verbandskollegen. Wir selbst wissen am besten, wo uns der Schuh drückt, und wo wir eines Beraters und Freundes bedürfen, finden wir ihn am Besten in den eignen Reihen. Ein solcher Berater und Freund will der vorliegende Kalender den Verbandskollegen sein. Auf mancherlei im Laufe des Jahres an uns heranretende Fragen des Organisationslebens und der täglichen Praxis wird er Antwort geben können. Jeder Kollege, welcher Sparte er auch angehören mag, wird aus dem Studium und dem Gebrauche des Kalenders Nutzen ziehen. Da ein einzelner heute kaum noch imstande ist, alle Zweige unseres Berufs zu übersehen, wurden Kollegen der verschiedenen Spezialgebiete zur Mitarbeiterschaft herangezogen. Der hervorragendste Platz im Kalender ist dem Organisationsleben in unserm Berufe gewidmet, allem voran dem Verbands der Deutschen Buchdrucker. Ein reiches Stoffmaterial, umraut von trefflichen Schilderungen der gegenwärtigen Kulturarbeit der viel angefeindeten und doch unerschütterlich fest gegründeten Organisation der Buchdrucker, wird uns von berufener Seite vorgeführt. Dem folgen interessante Reminiszenzen aus der Geschichte der Orts- bzw. Gauvereine des Verbandes Leipzig, Dresden und Berlin, den Jubilären des Jahres 1912. Weitere Artikel geben Aufklärung über unsere internationalen Beziehungen, über die Tarifgemeinschaft, Preisverhältnisse, die Buchdruckerberufsgenossenschaft, Deutschlands Gewerkschaften, die „Volksfürsorge“, Versicherungsgehes für Angestellte. Die allgemeine Monatschau läßt alle für die Arbeitererschaft wichtigen und merkwürdigen Ereignisse des Jahres Revue passieren. Die technische Rundschau bringt belehrende Artikel über die fachtechnische Entwicklung, das Sechsmalminutenwesen, Druckfarbe — Papier, Stereotypie und Galvanoplastik, aus dem Schriftgießergewerbe, über Kalkulation, Papierformate. Ein Artikel über die Tätigkeit des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften verschafft uns Einblick in das Wesen der beruflichen Fortbildungsarbeit der Gehilfen-Gesellschaft. Das Kapitel „Ereignis und Heiteres“ endlich wird den Kollegen in den Mußestunden Stoff zur Unterhaltung und Veranlassung auch zu erstem Nachdenken geben. Wir erwähnen hier eine vorzügliche Plauderei über die Kunst des Redens, ein wichtiges Kapitel aus der Rechtschreibung, eine Betrachtung über „Verlorene Tage“, humorvolles über den Redakteur, ferner Rede- und Stilübungen. Was sonst alles zu einem Kalender gehört, ist selbstverständlich auch am Platze. Die technische Ausstattung der früheren Jahrgänge des Kalenders war eine sehr

Alle Jahre wieder kommt das Christkind. So tönt es aus Millionen großer Kinderherzen, die erwartungsvoll dem Tage der Bescherung entgegensehen. Eltern fällt es oft schwer, die meist sehr anspruchsvollen Wünsche ihrer Lieblinge zu befriedigen. Ihnen sei hiermit die berühmte, als streng reell bekannte Firma Jonass & Co. in Berlin N. S. 407 bestens empfohlen. Der mit großer Sorgfalt zusammengestellte Prachtkatalog vermag den weitgehendsten Anforderungen voll und ganz Rechnung zu tragen. Auf etwa 800 Seiten bietet er eine Übersicht über die mannigfaltigsten Artikel, Tafeln- und Wanduhren, Seident- und Luxusartikel, photographische Apparate, Grammophone, Musikinstrumente, Schmucksachen aller Art, ja sogar Spielwaren.

Welch riesigen Umsatz die Firma betätigt, beweist am besten der Umstand, daß in einem Jahre weit über 25000 Uhren verandt werden und daß sich der treue Kundstamm auf über 30000 Orte Deutschlands erstreckt. Sämtliche Waren werden gegen bequeme Teilzahlung bei kleinen monatlichen Raten geliefert. Der Prachtkatalog wird jedem Leser dieser Zeitung auf Wunsch gratis und portofrei zugefandt. Wir empfehlen daher allen Lesern, ungefäumt eine Postkarte zu schreiben und sich den hochinteressanten Prachtkatalog mit 4000 Abbildungen kommen zu lassen. Die genaue Adresse lautet: Jonass & Co., Berlin N. S. 407, Belle-Alliance-Straße 3.



Tausende Sprech-Apparate Hundertausende Platten
verkauften wir im Jahre 1911
Wir liefern auf **Teilzahlung**
Unsere Original Goldora-Sprech-Apparate u. Schallplatten

Wir leisten Garantie bilden das Entzücken jedes Musikfreundes. Nicht grell schreieud, haben sie doch eine hervorragende Tonstärke. Bei allen vorkommenden Schäden, selbst für Federbruch, denn dadurch, daß wir keine Mühe und keine Kosten scheuten, um die neuesten Erfindungen und nur das allerbeste Material für unsere Apparate zu verwenden, haben diese eine so wunderbare Reinheit des Tones, eine so hervorragend deutliche Wiedergabe der einzelnen Gesangs- und Orchester-Vorträge erreicht, daß unser Original-Goldora-Sprechapparat heute unerreicht in der Welt dasteht!

Tausende Anerkennungen! • Kleine Anzahlung! • Kleine Monatsraten!
Die Vorteile bei dem Einkauf gegen Ratenzahlung sind für jeden denkenden Menschen von der größten Wichtigkeit. Denn während man in anderen Geschäften die Ware erst prüfen kann, nachdem das Geld dafür bezahlt ist, hat man bei uns Gelegenheit, die Güte und Preiswürdigkeit der Waren genau zu prüfen. Wir haben hunderttausende Kunden in dreißigtausend Orten des Deutschen Reiches. Unsere Original-Goldora-Platten sind darüber hinaus Anerkennung, daß wirkliche Sachverständige uns erklären haben, daß sie an Tonreinheit und Klangfülle die teuersten Marken übertrafen.

Wir liefern jede Sprechmaschine portofrei und ohne Berechnung der Verpackung. Die größten Künstler, die berühmtesten Militärkapellen und die beliebtesten Humoristen wetteifern, Ihnen jeden Augenblick ihre besten Leistungen zu bieten. Unsere ORIGINAL-GOLDORA-PLATTEN sind auf jedem Nadel-Apparat zu spielen.

Unsere Original-Goldora-Platte (ca. 25 1/2 cm groß) kost. auf beid. Seit. **Mk. 2,25!** Besondere Spezialitäten: Goldora-Platten mit 4 Musik- od. Gesangs-
bespielt (also jed. Platte enth. 2 Stöck. **Mk. 2,25** stücken in großer Auswahl ebenfalls
Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse umsonst und portofrei ohne jeden Kaufzwang unseren KATALOG über GOLDORA-SPRECH-APPARATE und PLATTEN.
Sie werden in diesem Katalog die Militärkapellen u. Künstler finden, die vor Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser u. den ersten Fürstlichkeiten der Welt gespielt haben
Außerdem **Apparate für nadellose Pathé-Platten mit echter Pathé-Saphir-Schalldose!**
Vergleichen Sie unter allen Umständen
die Preise, bevor Sie Ihre Wahl treffen.

Überzeugen Sie sich daher von unserer Realität und Leistungsfähigkeit und fordern Sie ohne jede Kauf- und Weckern, Ketten, Schmuckgegenstände aller Art, photographischen Apparate, Geschenkartikel für den praktischen Gebrauch und Luxus, Sprechmaschinen, Musikinstrumente und Spielwaren.
JONASS & CO., BERLIN T. 407 BELLE-ALLIANCESTR. 3

Kleine Druckereieinrichtungen
liefert zu kulantesten Zahlungsbedingungen Alexander Grube, Leipzig, Taifstraße 4.

Glas-Christbaumschmuck.
Aus erster Hand, in nur denkbar feinsten Ausführung immer das Neueste und Schönste, franco gut verpackt gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrags. Sortimente, sehr reichhaltig zusammengestellt, von 4 Mk. an und höher. Da jetzt Arbeitsmangel herrscht, bin gezwungen, meine Waren direkt an den Mann zu bringen. Waren werden selbst fabriziert und versichere im voraus, daß jeder Abnehmer zufrieden sein wird. Darum bitte Private und Vereine bei Bedarf von Christbaumschmuck mich berücksichtigen zu wollen. Preisliste über herrlichste Neuheiten umsonst und portofrei. Jeder Bestellung füge als Rabatvergünstigung Gratisschokolade bei; sie richten sich je nach Größe des Auftrages.
Max Heumann, Lauscha (S.-M.) 33 Mitglied des Glasarbeiterverbandes.

Bezaubernd wirkt ein Weihnachtbaum, geziert mit meinen Prachtsortimenten, u. a. enthaltend meinen **selbstfabrizierten selbstleuchtenden Glaschristbaumschmuck.**
Auch in diesem Jahre versende ich wieder meinen selbstfabrizierten Christbaumschmuck in der sehr beliebt gewordenen Sortierung und mit dem selbstleuchtenden Schmuck sowie vielen Neuheiten portofrei gegen Nachnahme oder vorheriger Einzahlung des Betrags. **Nur Qualitätsware** kommt zum Versand. **Sortiment I**, enthaltend über 300 Stück mit echt Silber verplattete Aluhängeln, Schneek- und Strangenkugeln, Reflexo, Glücksperle mit Röhrenzahl, wundervolle Prachtstücke aus der deutschen Märchenwelt, Kaspertheater, Vögel, läutende Glocken, mit venezianischem Tau bestruete Früchte, Tannenzapfen und eine ganze Menge wunderlichsche Überraschungen für Jung und alt, auch zwölf Formen selbstleuchtenden Schmuck, der das aufgenommene Tageslicht in magischer Farbe im Dunkeln ausstrahlt, alles für den billigen Preis von **5 Mk.** (Nachnahme 6,30 Mk.). **Sortiment II**, enthaltend nur 72 Stück etwas größere und nur äußerst geschmackvoll ausgeführte Sachen zum selben Preise von **5 Mk.** (Nachnahme 6,30 Mk.). Gratis füge ich **wunderbares Waldidyll** bei. Für Händler empfehle ich Sortimente von **8 Mk.** an aufwärts zu jedem beliebigen Betrag.
Ernst Heumann, Lauscha (S.-M.) Nr. 13. (Mitglied des Glasarbeiterverbandes.)
885] Spezialfabrikation und Versand von Glaschristbaumschmuck. Viele Dankschreiben.

Neujahrskarten
mit Buchdruckerwappen oder Gutenberg in 1/2 Bogen 10 Stück 10 Pf., 10 Stück 20 Pf., 50 Stück 3,50 Mk., 100 Stück 8 Mk. einschließlich Postgebühren. Mehrere gegen 30 Pf. in Marienthal-Druckereifabrikation. 438
P. Siegl, München, Solzstraße 7.

Das beste Gegengewicht geg. d. geistl. Anstreng. und Verwahrlosung sind regelm. Übung nach d. Lehrbuch der Kraft- und Ausdauerbildung v. H. Stolte, 4 Bde. Fr. u. L. 50 Mk. „Rauschschönheit“, 120 Sp. 1/2 Bogen 2 Mk. 25 Pf. Leipzig, Wittenbergstr. 117.

Broschen, Krabattennadeln, Ringe.
Graph. Verlagsanstalt, Halle a. S., Köpfigerstr. 195.

Die **älteste Hausmittel** u. millionenfach bewährt ist **Lichtenheldts echte HINGFONG ESSENZ**
Man achte genau auf die Schutzmarke „Licht“, denn nur diese bietet Garantie für Echtheit u. Wirksamkeit.
In den meisten Apotheken erhältlich, wohnlich versendet das **Laborat. Lichtenheldt** Meuselbach 8 (Thür. Wald) 12 Flaschen zu M. 3.40, nur bei 30 Flaschen franko für Vertriebskäufer.

Am Sonnabendabend verschied unser lieber Kollege und langjähriges Druckereimitglied, der Schriftsetzer [518]
Gustav Ring
im Alter von 56 Jahren.
Wir bitten, dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren zu wollen.
Stuttgart, 2. Dezember 1912.
Die Gehilfen der Union Deutsche Verlagsgesellschaft.

Todesanzeige.
Am 20. November verschied unser werter Mitglied, der Setzer [516]
Friedrich Fuhrmann
aus Backenfelde, im Alter von 23 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Ortsverein Köln (V. d. D. B.).

Heute morgen verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Setzer [515]
Willi Gleisberg
aus Görlitz, im 37. Lebensjahr an der Berufskrankheit.
Wiederholt berief das Vertrauen der Mainzer Kollegenschaft den Verstorbenen in die verschiedensten Ehrenämter, in denen er stets ein Vorbild treuester Pflichterfüllung und liebevollster Hingabe war.
Ein braver Kollege ist uns entrisen worden, dessen Andenken stets in Ehren halten wird.
Mainz, 4. Dezember 1912.
Der Bezirksverein Mainz.

Am 3. Dezember entschlief nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Setzer [524]
Julius Barelther
im 63. Lebensjahre.
Wir werden demselben stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Gehilfen von B. G. Teubner, Leipzig.